PLUTUS

Kritische Wochenschrift für Volkswirtschaft u. Finanzwesen

Nachdruck verboten

Man abonniert beim Buchhandel, bei der Post und | Berlin, den 8. Januar 1910. | direkt beim Verlage für 4,50 Mk. vierteljährlich.

Bibliothek der Königsberger Handelshochschulkurse.

Russenpfändung.

Ungefähr zur gleichen Zeit, da die Teilhaber und Angestellten des Bankhauses Mendelssohn & Co. um den Sarg des verstorbenen Geheimen Rats Ernst von Mendelssohn Bartholdy versammelt waren, erhielt die Firma den Besuch des Gerichtsvollziehers. Mendelssohn und Gerichtsvollzieher erscheinen wie zwei Begriffe, die einander vollkommen ausschließen. Und doch sprach der Mann in der Dienstmütze in amtlicher Eigenschaft bei der Firma vor. Freilich kam er nicht in eigenen Angelegenheiten der Empfänger seiner Meldung, sondern, um einen Pfändungbeschluß des Amtsgerichts Berlin-Mitte zu überbringen, der sich gegen den russischen Fiskus wendete. Durch diesen Beschluß wurde Beschlag auf 5 Millionen M. Guthaben des russischen Staates bei der Firma Mendelssohn & Co. gelegt. Der glückliche Pfänder ist ein Hauptmann a. D., der wegen Waffenlieferungen mit dem russischen Staate prozessiert hatte.

Die Sache hat großes Aufsehen erregt. Als der Pfändungbeschluß bekannt wurde, hat Rußland sich sofort beschwerdeführend an das preußische Ministerium des Auswärtigen, das mit dem Auswärtigen Amt des Deutschen Reiches so ziemlich identisch ist, gewendet und hat schleunigst zum Zwecke von Verhandlungen eine Exzellenz von der Newa an die Spree geschickt. Die Folge der Beschwerde und des Besuches war ein eigenartiges Dokument, das Freiherr von Schoen, der preußische Minister der auswärtigen Angelegenheiten und Staatssekretär im auswärtigen Amt, an das Amtsgericht Berlin-Mitte richtete. In diesem Schreiben wurde die Zulässigkeit der Vollstreckung in das Vermögen eines auswärtigen Staates für unzulässig erklärt und der Kompetenzkonflikt erhoben.

Kompetenzkonflikt! Was heißt dieses mysteriöse Wort? Uebersetzen wir es populär und für unseren Fall angepaßt, so besagt es, daß der ordentliche Rechtsweg gegenüber einem auswärtigen Staate nicht zulässig ist. Prinzipiell ist das ein allgemein anerkannter Grundsatz des Völkerrechts. Jeder Staat ist souverän und braucht sich nie und nimmer der Hoheit irgendeines anderen Staates zu unterwerfen. Die Rechtspflege ist selbstverständlich ein Ausfluß der Staatshoheit. Und wenn der eine Staat sich der Rechtsprechung des anderen unterwerfen müßte, so würde er sich dadurch vor der Hoheit des anderen Staates beugen.

Aber von dem Grundsatz par in parem non habet imperium gibt es Ausnahmen. Ein noch viel älterer Rechtsgrundsatz lautet Volenti non fit injuria. Wenn der Staat ausdrücklich erklärt, daß er sich in einem Fall dem Hoheitsrecht des anderen Staates fügen will, so fällt natürlich jedes Bedenken gegen die Zulässigkeit des Gerichtsverfahrens fort. Etwas Aehnliches ist im vorliegenden Fall geschehen. Der deutsche Staatsbürger, um den es sich handelt, hatte Waffen

während des russisch-japanischen Krieges an Rußland geliefert. Rußland hatte Erfüllung des Vertrages verweigert. Und nun ließ der sich geschädigt fühlende Deutsche den Dampfer „Anhalt“ in Tsingtau beschlagnahmen. Rußland hätte es freigestanden, gegen diese Beschlagnahme diplomatische Beschwerde zu erheben. Es beschritt jedoch den Rechtsweg und klagte vor dem deutschen Gericht in Tsingtau auf Freigabe des Dampfers. Der Beklagte erhob Widerklage. Diese Widerklage enthielt vier Punkte. Darunter auch die Forderung auf drei Millionen Mark plus Zinsen gegen Rußland aus der Erfüllung der Lieferungverträge. Der russische Staat erhob keineswegs Einspruch gegen die Zulässigkeit der Widerklage als solcher, sondern beantragte Abweisung der Punkte 1 und 3 aus materiellen Gründen und Abweisung des Punktes 4 deswegen, weil kein Zusammenhang mit der Hauptklage bestehe. Darin lag keinerlei Protest gegen die Zulässigkeit der Widerklage als solcher, noch viel weniger ein Protest gegen die Zuständigkeit des Gerichts. Das Gericht erster Instanz in Tsingtau entschied zugunsten des russischen Fiskus. Aber in der zweiten Instanz kam es anders. Die Berufunginstanz verwies das Verfahren in die erste Instanz zurück. Es wurde ein neues Urteil gefällt und auf die dagegen wiederum eingelegte Berufung erfolgte eine erneute Zurückweisung an die Vorinstanz. So hatte der Prozeß vom Jahre 1905 bis weit in das Jahr 1909 hinein geschwebt. Am 23. September des Jahres 1909 stand erneute Verhandlung an. Und da erklärte nun plötzlich der Vertreter des russischen Staates, daß die Widerklage aus völkerrechtlichen Gründen nicht zulässig sei. Der russische Staat tat dann keinerlei Schritte mehr, und so erzielte sein Gläubiger ein obsiegendes Versäumnisurteil, das rechtskräftig wurde.

Wie steht es nun um die russische Beschwerde. In einem der in China ergangenen Gerichtsurteile wird ausdrücklich erklärt, daß, wenn ein Staat Klage vor deutschen Gerichten erhebe, er auch die mit dieser Klage im Zusammenhange stehende Widerklage sich gefallen lassen müsse. Mit Recht sagt das Gericht, daß im anderen Falle ein deutscher Staatsbürger ja sonst auswärtigen Staaten gegenüber vor deutschen Gerichten schlechter gestellt sein würde als gegenüber einem inländischen Kläger. Tatsächlich würde ja auch dann ein auswärtiger Staat in Deutschland unerhört große und einseitige Rechtsvorteile genießen. Denn jeder Deutsche muß sich mit allen möglichen Widerklagen sogar schikanieren lassen, während der auswärtige Staat das nicht braucht. In diesem Sinne hat denn auch das Reichsgericht bereits entschieden, und namentlich der englische Staat hat sich zum Schutze seiner Staatsbürger stets auf denselben Standpunkt gestellt. Aber sieht man selbst vom Standpunkt der Loyalität ab, so ist eine solche Stellungnahme ja auch einzig und allein mit den Grundsätzen der Logik vereinbar.

In dem Kompetenzkonfliktdokument des preußischen Ministeriums erklärt die hohe Behörde das Urteil des Tsingtauer Gerichts für nichtig und wirkunglos. Es beruft sich dabei auf eine Schrift des rühmlichst bekannten Zivilisten Stötzel „Rechtsweg und Kompetenzkonflikt in Preußen“. Dabei übersieht der Minister nur eine Kleinigkeit, nämlich, daß Tsingtau nicht in Preußen liegt. Würde das Urteil von einem preußischen Gericht gefällt sein, so wäre es zunächst ja noch immer fraglich, ob, da bis zur Fällung des rechtskräftigen Urteils ein Kompetenzkonflikt noch gar nicht erhoben war, das Urteil nicht doch rechtskräftig wäre. Aber jedenfalls besteht doch für Preußen, wie auch für viele andere Bundesstaaten, ein besonderer Kompetenzgerichtshof, an dessen Entscheidungen die ordentlichen Gerichte gebunden sind. Allein, wie gesagt, Tsingtau liegt nicht in Preußen. Die Tsingtauer Richter sprechen im Namen des Kaisers Recht. Für die Schutzgebiete besteht kein Kompetenzgerichtshof. Für sie gilt vielmehr lediglich der 17. Paragraph des Gerichtsverfassunggesetzes vom 27. Januar 1877, in dessen erstem Absatz es heißt: „Die Gerichte entscheiden über die Zulässigkeit des Rechtsweges“. Das Kaiserliche Gericht in Tsingtau hat entschieden, daß der Rechtsweg zulässig ist, und die Entscheidung dieses Gerichtes bleibt deshalb maßgebend. Es erscheint mehr als bedenklich, wenn ein preußischer Minister von sich aus erklärt, daß das Urteil eines Kaiserlichen Gerichtes nichtig ist, obwohl er doch eigentlich wissen sollte, daß das nicht angefochtene, formell rechtskräftig gewordene Urteil selbst dann niemals nichtig werden kann, wenn es mit Tausenden von Irrtümern behaftet ist.

Aber der Kompetenzkonflikt kann sich gegen das Urteil des Tsingtauer Gerichtes nicht richten, weil es kein Preußisches Gericht ist. Die Konfliktserhebung richtet sich vielmehr gegen den Pfändungbeschluß des Berliner Amtsgerichts. Auch damit ist Rußland geholfen. Denn wenn der russische Vertreter vor dem Tsingtauer Gericht die Hände in den Schoß legte, so geschah das wesentlich wohl auch deshalb, weil er sich sagte: „Laßt die deutschen Gerichte urteilen, wie sie wollen. Vollstrecken kann der Sieger ja doch nicht“. Diese Erwägung war insofern richtig, als in der Tat kein russisches Gericht die Vollstreckung in Rußland zugelassen hätte. Aber man dachte nicht daran, daß man in Deutschland Guthaben hatte, die eventuell gepfändet werden konnten. Nun fragt es sich ja allerdings, ob die Pfändung zulässig ist.

Richtig ist, daß im Jahre 1882 der Preußische Kompetenzgerichtshof die Pfändung rumänischer Guthaben für nicht zulässig erklärt hat, und

daß in einem Urteil gegen Mexiko die gleiche Unzulässigkeit ausgesprochen wurde. Aber in beiden Fällen handelte es sich darum, daß der fremde Staat rechtzeitig Einspruch erhoben, daß er keine Klage vor deutschen Gerichten angestrengt hatte, und daß ein rechtskräftiges deutsches Urteil nicht vorlag. Nehmen wir aber im vorliegenden Fall selbst einmal an, daß die Pfändung fremden Staatsgutes völkerrechtlich überaus bedenklich ist, so hat der preußische Staat jetzt überhaupt gar kein Recht mehr, den Kompetenzkonflikt zu erheben. Denn am Schluß des siebzehnten Paragraphen des Gerichtsverfassunggesetzes heißt es: „Sofern die Zulässigkeit des Rechtsweges durch rechtskräftiges Urteil des Gerichts feststeht, ohne daß zuvor auf die Entscheidung der besonderen (Kompetenz-) Behörde angetragen war, bleibt die Entscheidung des Gerichts maßgebend". Liegt nun aber eine rechtskräftige Entscheidung des Gerichtes vor, so war jedes preußische Amtsgericht, wenn es sich nicht der Rechtsverweigerung schuldig machen wollte, verpflichtet, dem Urteile Vollstreckungkraft zu gewähren. Jedes rechtskräftige Urteil eines deutschen Bundesstaates muß in jedem anderen deutschen Bundesstaate vollstreckt werden. Anderer Ansicht könnte man nur sein, wenn man annähme, daß die Vollstreckbarkeit eines Urteils nicht die Konsequenz des Urteils selbst ist, sondern daß das Vollstreckungverfahren ein eigenes, vom Urteilsverfahren innerlich unabhängiges ist. Jedoch selbst dann liegt eine Berechtigung für den Kompetenzkonflikt nicht vor, denn selbst das von mir oben erwähnte Urteil des preußischen Kompetenzhofes vom 14. Januar 1882 in der rumänischen Angelegenheit, erklärt ausdrücklich, daß der Staat, der vor deutschen Gerichten Klage erhebt, sich auch Zwangsvollstreckung in sein Vermögen gefallen lassen müsse.

Die ganze Aktion des preußischen Ministers ist mithin überaus bedenklich und stellt lediglich eine politische Konnivenz gegenüber Rußland dar. Das wäre vom politischen Standpunkt aus immerhin noch zu begreifen. Aber man darf doch auch nicht vergessen, daß dadurch ein sehr bedenklicher Faktor geschaffen wird: In der russischen Presse ist man in unerhört scharfer Weise über Deutschland und seine Gerichte hergefallen. Wenn nun der Minister Unrecht bekommt, was dann? Dann hat der preußische Minister selbst die Argumente geliefert, mit denen politisch weiter gegen Deutschland gehetzt werden kann. Denn der Minister muß mit der Möglichkeit rechnen, daß er auf zweierlei Art unrecht bekommt. Zunächst kann der Kompetenzgerichtshof das ordentliche Verfahren für zulässig erklären. Aber selbst in dem Fall, daß der Kompetenzgerichtshof anders entscheidet, kann das Gericht erklären, daß es ein rechtskräftiges Urteil für vorliegend erachte und sich deshalb an den Kompetenzspruch nicht halte. Das eine ist politisch genau so peinlich wie das andere.

Der Minister fühlt selbst das Mißliche seiner Lage. Rußland hat den Vorschlag gemacht, den zivilrechtlichen Anspruch vor das Haager Schiedsgericht zu bringen. Es will für diesen Fall einen Deutschen als Richter anerkennen. Und wie mir glaubhaft versichert wird, bemüht sich das Auswärtige Amt, seinen Untertan zu bewegen, dem russischen Ersuchen stattzugeben. Der Minister, der auf der einen Seite also ein kaiserliches Gerichtsurteil aus eigener Machtvollkommenheit für null und nichtig erklärt und das offen zugunsten eines auswärtigen Staates ausspricht, bemüht sich, die Sache dadurch zu erledigen, daß er den, dem von deutschen Gerichten von Rechts wegen drei Millionen zugesprochen sind, veranlassen will, sein Recht fahren zu lassen und sich auf den schwanken Boden des internationalen Schiedsgerichtes zu begeben.

Dieser Fall wird nicht nur noch lange die Staatsrechtslehrer beschäftigen, sondern er ist von allergrößter Wichtigkeit für alle diejenigen Deutschen, die mit ausländischen Staaten Geschäfte machen. Wir haben in Deutschland lange schon darüber zu klagen, daß die Forderungen Deutscher im Auslande lasch unterstützt werden. Nunmehr muß die deutsche Kaufmannschaft auch mit tiefem Bedauern sehen, daß unsere politische Gefügigkeit gegenüber Rußland so weit geht, daß der Rechtsschutz, den deutsche Gerichte deutschen Geschäftsleuten gegenüber dem Ausland gewähren, durch Einsprüche des Ministers zu mindern versucht wird, durch Einsprüche, die gleichzeitig auch das Ansehen der deutschen Gerichte vor aller Welt herabzusetzen geeignet sind. Daß sich dieser Konsequenz seines Vorgehens der Minister nicht bewußt war, nehme ich ohne weiteres an. Aber daß diese Konsequenz besteht, wird man leider nicht mehr leugnen können, und so weit darf diplomatische Nachgiebigkeit nicht gehen. Besonders nicht, nachdem die russische Presse und auch der ehemalige Minister Graf Witte in einer geradezu nichtsnutzigen Weise über deutsche Gerichtsbarkeit hergezogen sind.

Der Landarbeiter.[1]

Vom Landwirt **Rudolf Streich**-Berlin.

Der Landarbeitermangel hat der Landwirtschaft schon seit 20 Jahren so schlimme Wunden geschlagen, daß es kein Wunder ist, wenn die Großgrundbesitzer immer wieder mit der Forderung kommen, das Vorzugsrecht der Arbeiter des platten Landes gesetzlich einzuschränken. Das gibt mir Veranlassung, einiges über die Zustände zu sagen, die auf beinahe allen Gütern der östlichen Provinzen, hauptsächlich in denjenigen mit polnischer Bevölkerung, anzutreffen sind, und jeder Unparteiische wird mir, wie ich behaupte, nachdem er meine Schilderungen gelesen hat, zugeben müssen, daß es unter den obwaltenden Umständen kein Wunder ist, wenn die Großgrundbesitzer keine Arbeiter behalten.

Betrachte man zunächst einmal die Wohnungen der ländlichen Arbeiter. In der Regel besteht solch eine Wohnung aus Stube und Kammer in Miniaturformat in einer niedrigen Hütte. Die Keller stellen sich die Leute selber in der primitivsten Weise her. Außerdem gehört ein kleiner Stall und vor dem Hause ein kleines Gärtchen dazu. Das hört sich ganz nett an. Die Leute scheinen idyllisch zu wohnen, aber die Wohnungen haben die Schattenseite, daß sie verwahrlost sind und einer Familie an Raum nicht genügen. Die verheirateten Arbeiter haben kontraktlich noch einen Scharwerker zu halten, häufig sogar zwei, und diesem muß der Arbeiter die Kammer abtreten. Nun müssen die Leute sehr häufig aber auch noch ihre Schweine und das Federvieh den Winter über in der Kammer unterbringen, weil das Vieh in den primitiven Ställen erfrieren würde. Der meist zahlreichen Familie steht somit die kleine Stube mit Lehmfußboden zur Verfügung. Gewöhnlich ist diese „Diele" in solcher Verfassung, daß bei jedem Tritt der Staub auffährt und man sich in acht nehmen muß, um sich nicht in den Vertiefungen die Beine zu verrenken. — Ist die Kammer, was aber selten der Fall ist, mit einer Tür versehen, so kann sie im Winter trotzdem nicht geschlossen werden, weil die Kammer durch den Ofen der Stube miterheizt werden muß. Folge: hoher Prozentsatz der unehelichen Geburten!

Daß in dem universellen Familienwohn- und Schlafzimmer auch gekocht und geschmort wird, Heringe gebraten und Kartoffelpuffer mit billigem Oel gebacken werden, was zumal einen lieblichen Duft abgibt — das wird im allgemeinen auch für ganz nebensächlich angesehen, denn die Landleute scheinen sich ja sämtlich recht robuster Gesundheit zu erfreuen. Die Bauern wohl. Durchgängig ist das aber keineswegs der Fall. Besonders nicht bei den Arbeitern. Es herrscht im Winter immer viel Krankheit, und tritt gar eine Epidemie auf, so gibt's viel vorzeitige Sterbefälle.

Welcher zivilisierte Mensch kann sich eine Wohnung oder ein Haus, in dem vier bis sechs und mehr solcher zusammengesetzten Familien wohnen, denken, ohne daß ein Abort dazu gehört! Zum einigermaßen menschlichen Wohnen gehört nun einmal solch ein Ding; und doch finden viele Herren es nicht für nötig, im ganzen Dorfe auch nur eins aufzustellen, und wo jetzt durch die Cholerafurcht solche vereinzelt aufgedrängt worden sind, wird niemals Zeit gefunden, sie in Ordnung zu halten. Es ist dann kein Wunder, wenn die Leute die nächste Umgebung verunreinigen, und bei den vielen Menschen, die dort zusammengepfercht leben, muß es dahin kommen, wie es auch in der Wirklichkeit ist, daß man, ehe man in die Wohnung eines Landarbeiters gelangen kann, im wahren Sinne des Wortes erst den Kot sämtlicher Insassen durchkneten muß. Es wird nun allgemein behauptet, der Pole sei solche Zustände gewöhnt, denn ich habe diese Entgegnung immer gehört, wenn ich dieses Thema berührte. Angenommen, er sei es gewöhnt, damit ist doch noch nicht bewiesen, daß, wenn man ihm so etwas abgewöhnt, er sich nicht wohler fühlt. Wir sehen es ja beim Militär, daß der Pole ein recht eigener und ordentlicher Soldat wird und sich sehr wohl dabei fühlt. Die Großgrundbesitzer dürfen sich unter diesen Umständen doch wahrlich nicht wundern, wenn ein großer Teil derjenigen jungen Leute, welche Soldat waren, nach erfüllter Militärpflicht keine Sehnsucht mehr nach den patriarchalischen Gefilden ihrer Heimat empfinden.

Diese Unreinlichkeit und Unvollkommenheit der Wohnungverhältnisse würdigt schon an und für sich das Ehrgefühl der Leute herab. Aber welchen Unterwürfigkeiten muß sich der Arbeiter unterziehen, wenn er irgendein Anliegen an seinen Brotherrn hat! Z. B. ist es Usus, daß der Mann, der sich auf dem Lande verdingt, für seine Familie und für sein Vieh Stroh erhält. Da ja der Dünger dem Felde des Besitzers wieder zugute kommt, so hat der auch eigentlich keinen Schaden, und im übrigen kann man doch von dem kärglich besoldeten Arbeiter nicht verlangen, daß er sich Stroh kaufen soll. Er muß nun in der demütigsten Stellung unter Händeküssen und Beinumarmen seine Bitte vorbringen, und dann wird ihm, hauptsächlich in stroharmen Jahren, unter Schimpfreden dasjenige gewährt, was er zu verlangen hat. Ebenso ist es mit vielen anderen Sachen, die herkömmlich gewährt werden, die aber im Kontrakt nicht verzeichnet sind, und immer spielen sich dabei diese widerlichen, unwürdigen Szenen ab. Die Folge davon ist: die Leute stehlen wie die Raben.

Ferner sollten sich die Herren einmal das Vieh ihrer Instleute mehr zu Gemüte ziehen, hauptsächlich im Frühjahr; sie verpflichten sich in den Kontrakten, für eine Kuh Stallung und Futter zu gewähren, und was wird gegeben? Von der Stallung, die auch in den meisten Fällen viel

---

[1] Die nachfolgende Skizze glaubte ich nicht von der Veröffentlichung ausschließen zu dürfen, da der Verfasser — ein lange Jahre in der Landwirtschaft praktisch tätiger Mann — manches beachtenswerte zu sagen weiß.

zu wünschen übrigläßt, noch ganz abgesehen, aber das Futter! Die Herren glauben doch selber nicht, daß eine Kuh, der man den ganzen Winter hindurch Winterstrohhäcksel und Wasser gibt, erhalten wird und Milch geben kann! Denn sonst würden sie ja ihr Vieh ebenso abspeisen. Aber es heißt dann, daß die Arbeiter ja auch Wurzelfrüchte von dem Garten- und Kartoffelland sowie Küchenabfälle haben. Ja, mit diesen muß die Kuh durchgefüttert werden, aber dazu kommt es nicht, daß die Familien für sich ein Schwein anfüttern und auch einmal Fleisch essen könnten. Den Ertrag aus der Schweinehaltung müssen die Leute zur Bekleidung verwenden, denn ihr bares Einkommen reicht dazu nicht aus.

Dazu kommt noch, daß auch die Frauen der Arbeiter widerrechtlich zur Arbeit herangezogen werden, denn von zu Recht ist doch keine Rede, wenn die Frau, welche von Mittag bis eine halbe Stunde vor Sonnenuntergang zu arbeiten verpflichtet wird, dadurch, daß die Gutsuhr um 11 Uhr schon 12 Uhr zeigt, täglich um eine volle Stunde früher für die Interessen ihrer Herrschaft gezwungen wird? Ich glaube, dies wäre nicht der kleinste Grund, die Einführung einer Normalarbeitzeit für ganz Deutschland zu fürchten, denn es sind immerhin jährlich einige tausend Stunden, die dem Gutsbesitzer in dieser Weise zugute kommen, aber ich bin überzeugt, daß man bei verminderter Arbeitzeit, besserer Löhnung und menschenwürdigerer Behandlung der Arbeiter weit bessere Resultate erreichen wird. Manchmal wird die Frau auch noch vormittags zum Dienst herangezogen, und dann hat sie den Tag über früher 50 Pf., jetzt vielleicht 80 Pf. verdient. Vergegenwärtige man sich doch, wenn die Frau nun noch sechs bis acht herrschaftliche Kühe melken muß, wie sie dann ihren Haushalt führen kann!

Trotzdem es noch eine Menge solcher Mißstände in den Wirtschaften gibt, die zwar weniger ins Gewicht fallen, aber doch mit dazu beitragen, den Arbeitern das Leben zu verleiden, so dürfte der Landwirtschaft doch ein sehr großer Teil derjenigen Arbeitkräfte, die sich heute der Industrie zuwenden, erhalten bleiben, resp. sie würden aufs Land zurückkehren, wenn nur einmal gründlich mit den geschilderten Mißständen aufgeräumt werden würde. Diejenigen Besitzer, die selbst wirtschaften, werden keine Beweise für das hier Gesagte fordern, denn sie wissen, daß meine Schilderungen der Wahrheit entsprechen; und für diejenigen, die nicht selbst wirtschaften, dürfte es genügen, wenn ich erkläre, daß ich eine ganze Reihe von Jahren als Inspektor in den polnischen Gegenden tätig war und fast durchweg die geschilderten Verhältnisse angetroffen habe.

Aus dem hier Gesagten geht nur zu klar hervor, daß die Arbeiter auch nicht die geringste Schuld an dem Arbeitermangel auf dem Lande trifft, mithin haben die Großgrundbesitzer auch durchaus kein Recht, zu klagen und nach dieser Richtung hin die Hilfe des Staats anzurufen. Selbstverschuldete Uebel muß jeder auch wohl selbst tragen, und sollten nun die Großgrundbesitzer die selbstverschuldeten Uebelstände nicht mehr tragen können und dadurch das Gemeinwohl geschädigt werden, was übrigens schon vollkommen der Fall ist, so ist es Pflicht der Regierung, ordnend einzugreifen, und zwar auf Kosten der Schuldigen, nicht aber auf Kosten der schuldlosen Arbeiter. Von diesem Gesichtspunkt aus betrachtet, wäre es wohl für die Besitzer geraten, sie schafften selbst die gegenwärtigen Zustände ab, und wenn sie dann so weit gehen würden und die Arbeitzeit den heutigen Verhältnissen und Anschauungen gemäß regelten, mit dem alten System, von Sonnenaufgang bis nach Sonnenuntergang zu arbeiten, brächen, so würden die Uebelstände gänzlich gehoben sein, und die Arbeitgeber sowohl wie die Arbeiter, die gerne auf dem Lande arbeiten wollen, würden aufatmen können. Denn dann wäre Aussicht vorhanden, daß die Unzufriedenheit und die fürchterliche Verdrossenheit der Arbeiter, die in allerhand Niederträchtigkeiten ausartet, mit denen die bedauernswerten Wirtschaftbeamten am meisten zu kämpfen haben, bedeutend gemindert würden. Die Folge würde auch sein, daß die städtischen Arbeiter ausreichende Arbeitgelegenheit fänden. Nach Rückkehr der Landarbeiter zu ihrer ursprünglichen Beschäftigung würden die Großgrundbesitzer sich nicht wie heute den Vorwurf zu machen brauchen, die Unzufriedenheit durch Unverständnis für die Bedürfnisse ihrer Arbeiter selbst hervorgerufen zu haben.

Der Unzufriedenheit den Boden zu entziehen ist nur möglich, wenn der Kontrast zwischen der besitzenden und der arbeitenden Klasse nicht ein so überaus krasser bliebe. Arbeit für die Volksmassen gibt es noch immer in Hülle und Fülle, und da man Maschinen und technische Hilfsmittel nicht außer Kurs setzen wird, um die Arbeiter von früh bis in die Nacht zu beschäftigen, so wird man sich wohl endlich allgemein entschließen müssen, die Arbeitzeit herabzusetzen. In der Ernte bei drohendem Wetter sind natürlich Ausnahmen angezeigt, und die Sonntagsarbeit ist da auch durchaus keine Sünde.

Insbesondere muß indes für die breiteren Schichten noch eine bessere Erziehung in ethischer Beziehung angestrebt werden; denn was alle Tage an Sachbeschädigungen, Racheakten, Roheitdelikten und Tierquälereien, hervorgerufen durch schlechte Instinkte, niedrige Motive und Fuselräusche, vorkommt, davon kommt nicht der hundertste Teil vor den Richter, und durch die Bestrafungen werden diese Missetaten niemals aus der Welt zu schaffen sein. Möchten nur alle diejenigen, die es mehr als jeder andere in der Macht haben, und das sind die Großgrundbesitzer und die Großindustriellen, für die Wohlfahrt ihrer Arbeiter mehr sorgen, mit gutem Beispiel vorangehen, auf daß ihnen ein menschenwürdiges Dasein geschaffen werde.

Deutscher Bank-Kalender (IV. Quartal 1909).

Von Dr. **Josef Loewe**-Berlin.

1. Okt. Die Darmstädter Bank findet die Aktionäre der Amerikabank i. Liqu. durch Einlösung der Aktien zum Kurse von 114% ab.

2. „ Die Ostbank für Handel und Gewerbe in Posen erhöht ihr Kapital von 18 auf 22½ Mill. ℳ, um für die wachsenden Geschäfte neue Betriebsmittel zu gewinnen. Auf je nom. 4000 ℳ alte Aktien erhalten die Aktionäre eine neue Aktie zu 118%.

2. „ Im Prozesse gegen die ehemaligen Direktoren der Paderborner Bank wurden Direktor D. Cordes zu einem Jahr und neun Monaten und Prokurist Richters zu neun Monaten Gefängnis unter Anrechnung von drei Monaten Untersuchunghaft verurteilt.

4. „ Der A. Schaaffhausensche Bankverein eröffnet in Berlin, Lindenstr. 3, eine neue Depositenkasse.

6. „ Zwischen dem Konkursverwalter der falliten Bonner Bank für Handel und Gewerbe und deren Vorstand und Aufsichtrat kommt ein Vergleich zustande.

6. „ Die Bank für Grundbesitz in Leipzig erhöht wegen größeren Umfanges der Geschäfte ihr Kapital von 5 auf 7,5 Mill. ℳ und bereitet die Einführung der Aktien an der Berliner Börse vor.

8. „ Die Dresdner Bank eröffnet zwei Wechselstuben in Leipzig-Plagwitz, Karl Heinsstr. 28, und in Leipzig-Gohlis, Aeußere Halleschestr. 15.

11. „ Die Bankfirma Hugo Rennau & Co. in Schöningen, Kommandite der Braunschweigischen Bank- und Kreditanstalt-A.-G. errichtet in Schöppenstedt eine Filiale unter der Firma Hugo Rennau & Co.

11. „ In Hamburg errichten die Herren Solm Salomon und Siegmund Rosenkranz, bislang Beamte der von der Niederdeutschen Bank K.-G. a. A. aufgenommenen Firma Louis Wolff eine eigene Bankfirma S. Rosenkranz & Co.

11. „ Die Bankfirma Wunderlich & Co. in Magdeburg errichtet in Stendal eine Zweigniederlassung.

12. „ Die Berliner Hypothekenbank A.-G. beantragt durch ihre Frankfurter Filiale die Zulassung von 20 Mill. ℳ 4%iger Hypothekenobligationen an der Frankfurter Börse.

12. „ Die Stahl & Federer-A.-G. in Stuttgart errichtet unter Uebernahme des seit 1891 bestehenden Bankgeschäftes J. Knaebel eine Zweigniederlassung in Cannstatt.

14. „ Der Dresdner Bankverein und die Magdeburger Privatbank schließen sich zur Mitteldeutschen Privatbank zusammen. Die Magdeburger Privatbank erhöht ihr Kapital auf 50 Mill. ℳ. Auf je sechs Aktien des Dresdner Bankvereins werden fünf der Aktien des Fusionsunternehmens gewährt.

14. Okt. Das Bankhaus Jakob S. H. Stern in Frankfurt a. M. nimmt den Frankfurter Bankier Emil Wetzlar, dessen Firma Baruch Born vor Jahresfrist auf die Pfälzische Bank überging, als Teilhaber auf.

14. „ Unter Mitwirkung der Deutschen Nationalbank wird die seit 1879 in Meschede i. W. bestehende Bankfirma Fritz Meschede in eine Aktiengesellschaft mit einem Grundkapital von 1 Mill. ℳ umgewandelt.

15. „ Die Herren Hermann Rudolphi, vordem Direktor der Zentralbank A.-G. in Hamburg, und Otto Fricke, vordem Vorsteher der Effekten- und Coupons-Abteilung der Deutsch-Asiatischen Bank in Berlin, errichten unter der Firma Rudolphi & Fricke in Hamburg ein Bankgeschäft.

16. „ Die Schlesischer Bankverein Komm.-Ges. a. A. in Breslau beschließt mit Rücksicht auf den stetig wachsenden Geschäftsumfang die Erhöhung des Aktienkapitals um 10 Mill. ℳ auf 40 Mill. ℳ. Die neuen Aktien werden den alten Aktionären im Verhältnis von 1:3 zum Kurse von 143% zum Bezuge angeboten.

18./19. „ In der Nacht vom 18. zum 19. Oktober stirbt Herr Geh. Hofrat Dr. Felix Hecht, 70 Jahre alt, früher Direktor der Rheinischen bzw. der Pfälzischen Hypothekenbank, die bedeutendste Autorität in Theorie und Praxis auf dem Gebiete des deutschen Hypothekenbankwesens.

19. „ Der Barmer Bankverein Hinsberg, Fischer & Co. verschmilzt sich zum Zwecke der Ausdehnung der Geschäfte mit der Wermelskirchener Bank in der Weise, daß für nom. 3000 ℳ Aktien der letzteren nom. 3000 ℳ Barmer Bankvereinsaktien und 40 ℳ bar gewährt werden.

20. „ Der Chemnitzer Bankverein beschließt die Erhöhung des Aktienkapitals um 2½ auf 10 Mill. ℳ.

21. „ Die Prager Kreditbank errichtet zur Förderung des Absatzes ihrer Kohlengruben eine Zweigniederlassung in Dresden.

21. „ Die Geschäftsanteile der Bankfirma Hardy & Co. G. m. b. H. im Betrage von 15 Mill. ℳ werden zum Kurse von 111% mit Wirkung ab 1. Januar 1910 von der Rheinisch-Westfälischen Diskonto-Gesellschaft übernommen, die zu diesem Zwecke ihr Aktienkapital von 80 auf 95 Mill. ℳ erhöht und mit dieser Transaktion in die Reihe der Berliner Großbanken einrückt.

25. „ Die Deutsche Bank übernimmt das Personal der liquidierenden Firma Balser & Co. (vorm. Brugmann) in Brüssel und errichtet dort eine Filiale, um für den Fall internationaler politischer Verwickelungen in einem neutralen Lande festen Boden zu haben.

26. Okt. Die Herren Heinrich Lichti und Emil Quaderstein errichten in Nürnberg unter der Firma H. Lichti & Co. ein Bankgeschäft.

26. „ Die Pfälzische Spar- und Kreditbank, vormals Landauer Volksbank in Landau geht mit sämtlichen Aktiven und Passiven auf die Süddeutsche Diskonto-Gesellschaft A.-G. in Mannheim über. Diese tauscht die Aktien des Landauer Instituts gegen gleiche Nominalbeträge und 21% Barvergütung ein; sie erhöht zu diesem Zwecke ihr Aktienkapital um 3 500 000 ℳ.

27. „ Herr Georg Löschin errichtet unter gleichnamiger Firma in Berlin, Heiligegeiststr. 36, ein Bankgeschäft.

27. „ Der Bayrischen Hypotheken- und Wechselbank in München wird die Genehmigung zur Ausgabe von 6 000 000 ℳ 4%igen verlosbaren und 5 000 000 ℳ 4%igen unverlosbaren Hypothekenpfandbriefen erteilt.

27. „ Die Bank für Handel und Industrie errichtet in Leipzig-Stötteritz, Wasserturmstr. 8, eine neue Depositenkasse mit Stahlkammer.

1. Nov. In Hamburg wird die Gründung einer Grundeigentümerbank vorbereitet.

1. „ Die Bankfirma M. J. Weil & Söhne in Tübingen-Hechingen errichtet eine Niederlassung in Horb a. N.

2. „ Der Magdeburger Bankverein übernimmt die Bankfirma J. Wertheimer in Peine und vereinigt mit dieser Filiale ab 1. Januar 1910 das Bankgeschäft der Firma Meyer Seckel daselbst.

2. „ Die Kommanditgesellschaft Nathan & Co. in Essen-Ruhr ist aufgelöst und geht als Einzelfirma auf Herrn Zadik über.

2. „ Es wird bekannt, daß der Kassierer Willhardt der Mitteldeutschen Kreditbank in Frankfurt a. M. Unterschlagungen in Höhe von 700 000 ℳ beging.

4. „ Die Deutsche Bank erwirbt mit Rücksicht auf die fortschreitende Erweiterung des Geschäftskreises das alte v. Stummsche Palais in Berlin, Mauerstr. 35/36.

6. „ Die Alfelder Aktien-Bank errichtet in Seesen eine Filiale unter der Firma Seesener Bank, Filiale der Alfelder Aktienbank.

6. „ Die Mecklenburg-Strelitzsche Hypothekenbank in Neustrelitz erhöht ihr Kapital auf 4 000 000 ℳ.

10. „ Die Niederdeutsche Bank übernimmt die Bergheimer Volksbank in Bergheim und gewährt für nom. 900 ℳ von deren Aktien nom. 1000 ℳ ihrer Aktien.

11. „ Die Deutsche Bank und die Nationalbank für Deutschland beantragen die Zulassung von 3 000 000 ℳ neuen Aktien der Norddeutschen Kreditanstalt in Königsberg i. Pr. zum Handel an der Berliner Börse. Die Aktien werden den alten Aktionären zum Kurse von 116% angeboten.

13. Nov. Im Alter von 80 Jahren stirbt der am Aufschwunge des Bank- und Börsenwesens des neuen Deutschen Reiches hervorragend beteiligte Kgl. preuß. Bankdirektor Albert Gravenstein; von seinem 1879 erfolgten Ausscheiden aus der Kgl. Preuß. Bank an war er Teilhaber der Berliner Bankfirma Albert Schwaß & Co. bis zu deren 1901 erfolgter Liquidation.

15. „ Die Herren Gustav Sollinger, bislang Depositenkassenvorsteher der Commerz- und Discontobank, und Franz Wasserzug, bisher Arbitrageur der Nationalbank für Deutschland, errichten mit Wirkung vom 1. Januar 1910 in Berlin unter kommanditarischer Beteiligung eines rheinischen Großindustriellen ein Bankgeschäft, Firma Sollinger, Wasserzug & Co.

16. „ Bankdirektor Karl Boeck aus Hannover tritt in die Leitung der Holstenbank in Neumünster ein.

18. „ Der angesehene Bankier Arthur Hellmann, Teilhaber der Bankfirma Kahn, Hellmann & Co., stirbt im Alter von 54 Jahren.

23. „ Die Vereinsbank in Neumünster nimmt die Spar- und Darlehnskasse Bramfeld Gen. m. u. H. mit Aktiven und Passiven auf und führt sie vom 1. Januar 1910 ab als neue Niederlassung unter der Firma „Bramfelder Bank, Geschäftsstelle der Vereinsbank in Neumünster, A.-G." weiter.

24. „ Die Niederdeutsche Bank, Komm.-Ges. a. A. in Dortmund übernimmt das seit 1884 bestehende Bankgeschäft von Kohrs & Seeba in Hannover.

24. „ Die Commerz- und Diskontobank übernimmt die 1872 als Spar- und Darlehnsbank gegründete Altonaer Bank und gewinnt dadurch ihre erste Filiale in Altona. Gegen zwei Aktien des Altonaer Instituts wird eine Aktie der übernehmenden Bank gewährt, der die dazu erforderlichen Aktien von befreundeter Seite gestellt werden, so daß eine Kapitalserhöhung nicht erforderlich wird.

25. „ Die Depositenkasse der Darmstädter Bank in Lahr geht ein. Das Geschäftsgebäude wird von der Lahrer Gewerbebank übernommen.

4. Dez. Die Bergisch-Märkische Bank errichtet Niederlassungen in Neuß und Mörs.

4. „ Generalkonsul Rudolph v. Koch in Berlin beschließt nach 40jähriger Tätigkeit, aus dem Vorstande der Deutschen Bank zu scheiden.

4. „ Geh. Kommerzienrat Jean Andreae sen. in Frankfurt a. M. beschließt, aus der Direktion der Bank für Handel und Industrie zu scheiden.

4. „ Die Darmstädter Bank bereitet die Errichtung einer Filiale in Düsseldorf vor.

7. „ Die Deutsche Hypothekenbank (A.-G.) in Berlin beantragt die Zulassung von 20 Mill. ℳ 4%iger Hypothekenpfandbriefe zum Handel an der Berliner Börse.

7. „ Die Rendsburger Bank in Rendsburg fusioniert sich mit der Vereinsbank Neumünster A.-G.

8. Dez. Herr Adolf Karminski, früher Subdirektor der in Liquidation getretenen Amerikabank, und Herr Julius Davidsohn, bislang Prokurist der Bankfirma E. G. Kaufmann, errichten, vom 1. Jan. 1910 wirkend, unter kommanditistischer Beteiligung in Berlin ein Bankgeschäft mit der Firma Karminski & Davidsohn.

8. „ Die Herren Richard Quaas in Friedenau, früher Prokurist des Potsdamer Kreditvereins, und Dr. Arthur Friedrich in Schöneberg, vormalig Chefarchivar der Nationalbank für Deutschland, errichten in Berlin ein Bankgeschäft unter der Firma Quaas & Co.

8. „ Die Firma de Jonge & Ulrich in Berlin tritt in Liquidation. Herr Fritz Ulrich errichtet mit dem vormaligen Direktor der Bank für Handel und Industrie, Herrn Paul Hartog, unter kommanditarischer Beteiligung des Herrn Emil de Jonge ab 1. Januar 1910 ein neues Bankgeschäft mit der Firma Hartog, Ulrich & Co.

8. „ Die Vereinsbank in Neumünster nimmt die Itzehoer Kreditbank in Itzehoe in sich auf; sie tritt mit ihren Geschäften zu Neumünster, Rendsburg und Itzehoe zum Altonaer Kreditverein in Altona in ein intimes Verhältnis.

9. „ Die Bankfirma Richard Schulze in Weimar falliert; die Passiven betragen 500 000 *M*; der Inhaber Richard Schulze wurde flüchtig.

10. „ Die Zentralbank in Hamburg schlägt die Zusammenlegung des Aktienkapitals im Verhältnis von 4 zu 3 und die Neuausgabe von nom. 375 000 *M* Aktien vor.

11. „ Herr Otto Steidel scheidet ab 1. Januar 1910 aus der Bankfirma L. S. Rothschild in Berlin, welche Herr Louis Rothschild unverändert fortführt.

11. „ Die Bayrische Handelsbank in München errichtet eine Filiale in Traunstein.

12. „ Die Abrechnungstelle der Reichsbank in Essen wird Abrechnungstelle im Sinne des Scheckgesetzes.

15. „ Prokurist Goldschmidt des Bankhauses E. Heimann in Breslau feiert sein 50jähriges Dienstjubiläum.

17. „ Ueber das Vermögen der Handwerkerbank „Schöneberg" e. G. m. b. H. in Liq. wird das Konkursverfahren eröffnet.

17. „ Die Zulassung von 10 Mill. *M* neuer Aktien der Rheinisch-Westfälischen Diskonto-A.-G. zum Handel an der Berliner Börse wird beantragt.

17. „ Die Herren Wirklicher Legationsrat Dr. Adolf Boye und Benno Herbst werden zu Direktoren, Herr Dr. Otto Jeidels wird zum Prokuristen der Berliner Handelsgesellschaft ernannt.

20. „ Die Firma Maucher & Wolf in Stuttgart wird von dem bisherigen stillen Gesellschafter S. Jacobowitz unter der Firma Maucher & Co. fortgeführt, während der frühere Teilhaber Wolf zusammen mit Kommanditisten ein Bankgeschäft unter der Firma Stefan Wolf & Co. errichtet.

22. Dez. Die Geschäfte der Firma Ernst Mayer & Co. werden von der Ernst Mayer Komm.-Ges. in Berlin übernommen, deren Komplementar Herr Ernst Mayer ist und deren Kommanditisten die Firma Eduard Engel & Co. sowie Herr Ludwig R. Simon sind.

22. „ Die Firma Sally Roßkamm in Hamburg tritt infolge Todes des Inhabers in Liquidation; die Geschäfte werden von Herrn M. Flörsheim jr. weitergepflegt, der unter kommanditarischer Beteiligung die Bankfirma Flörsheim & Co. errichtet.

24. „ Die Bank für Handel und Industrie in Berlin sichert sich die Option auf die an ihr Bankgebäude angrenzenden Grundstücke Schinkelplatz 5, Werderscher Markt 2—4 und Niederlagstraße 4—5.

24. „ Die Bankfirma R. Landauer Nchflgr. in Berlin nimmt ihren bisherigen Prokuristen Felix Klein als Teilhaber auf.

29. „ Die Darmstädter Bank ernennt Herrn Ludwig Mendelssohn Bartholdy zum Direktor der Filiale Leipzig.

29. „ Herr Dr. Friedrich Perls scheidet mit Wirkung vom 1. Februar 1910 aus dem Vorstande der Schlesischen Handelsbank-A.-G. in Breslau.

29. „ Die Bankfirma Salomon & Oppenheim in Berlin hat einen weiteren Kommanditisten gewonnen; die bisherigen Kommanditisten haben ihre Einlagen erhöht.

29. „ Herr Isidor Berliner, Inhaber der seit 35 Jahren in Berlin bestehenden Bankfirma J. Berliner, stirbt im Alter von 61 Jahren.

30. „ Die Königsberger Vereinsbank errichtet eine Niederlassung in Tilsit.

30. „ Die Bankfirma Moritz Moll in Lissa i. P. nimmt ihren bisherigen Prokuristen Georg F. Bornstein als Teilhaber auf.

30. „ Die Disconto-Gesellschaft errichtet eine Zweigniederlassung in Potsdam.

31. „ Die Niederdeutsche Bank, Komm.-Ges. a. A. errichtet eine Geschäftsstelle in Pyrmont und betraut mit deren Leitung den bisherigen Inhaber des in Liquidation tretenden Bankgeschäftes Paul Kiene.

31. „ Die Bankfirma Schalscha & Co. in Kattowitz errichtet in Berlin eine Zweigniederlassung.

31. „ Herr Georg Mosler scheidet aus der Firma S. Japhet & Co., Comm.-Ges. a. A. in Berlin, welche von Herrn Louis Arensberg unter kommanditarischer Beteiligung der Herren S. Japhet & Co., London, in bisheriger Weise weitergeführt wird.

31. „ Herr Heinrich Speckert errichtet mit kommanditarischer Beteiligung der Herren Fürte & Pfeiffer in Frankfurt a. M. unter der Firma Speckert & Co. ein Bankgeschäft.

31. „ Die Firma G. Moebius & Abraham in Berlin tritt in Liquidation.

Revue der Presse.

Der Gesetzentwurf der preußischen Regierung über den

Absatz in Kalisalzen

gibt in der Presse noch zu einigen Betrachtungen Anlaß. Neue Gesichtspunkte sind auch hierbei kaum zutage getreten. Bemerkenswert ist höchstens eine Eingabe der elsässisch-lothringischen Kaliwerke. Es wird darauf hingewiesen, daß diese junge Industrie für die süddeutsche Landwirtschaft von ganz besonderer Bedeutung sei, da der Bezug norddeutscher Kalisalze durch die hohen Transportkosten erschwert werde. In Rücksicht auf die mißliche Lage der norddeutschen Werke ist aber in Elsaß-Lothringen nur ein einziger Schacht gebaut worden. Wenn daher der preußische Gesetzentwurf die Annahme der Reichsregierung findet, so ist eine Entwicklung des elsässisch-lothringischen Kalibergbaues unmöglich und dann auch die Möglichkeit genommen, die süddeutsche Landwirtschaft mehr für die Anwendung der Düngesalze zu interessieren.

Bemerkenswert ist auch ein Artikel des Berliner Tageblattes (27. Dezember), der sich mit der Vorgeschichte dieses Gesetzentwurfs befaßt. Es sei auffällig, daß der preußische Entwurf als Antrag an den Bundesrat veröffentlicht wurde, während sonst nur Entwürfe, die vom Bundesrat bereits genehmigt sind, zur Diskussion gestellt werden. Der Entwurf sollte anscheinend den nach Amerika entsandten Vertretern des Kalisyndikats als Waffe gegen die Amerikaner dienen. Die preußische Regierung habe jedoch beabsichtigt, einen vom Bundesrat genehmigten Entwurf zu publizieren; verschiedene Bundesstaaten verlangten jedoch eine eingehende Beratung, so daß, da Eile not tat, der schließlich beschrittene Weg eingeschlagen werden mußte. Die dem Bundesrat gleichfalls übermittelte, sehr ausführliche Begründung des Gesetzentwurfs wurde nicht mit veröffentlicht, obgleich sie zur eingehenden Beurteilung notwendig ist.

Die Lage der

südafrikanischen Goldminen-Industrie

bespricht der Londoner Korrespondent der Frankfurter Zeitung (25. Dezember) in einem längeren Artikel. Die Ausbeute der Goldminen des Witwaters Rand hat während des zweiten Semesters, namentlich im Oktober und November, zum erstenmal seit dem Ende des Burenkrieges einen Rückschlag erfahren. Sie betrug im Oktober 1909 581 132 Unzen gegen 594 054 Unzen im Oktober 1908, im November 1909 576 768 Unzen gegen 591 204 Unzen im November 1908. Der Rückschritt ist um so schärfer, als die Anzahl der im Betriebe befindlichen Stampfen sich von September 1908 bis August 1909 etwa um 800 vermehrt hat. Der Durchschnittswert des geförderten Erzes ist von 31 sh 8 d pro Tonne auf 28 sh 4 d zurückgegangen. Dies ist die natürliche Folge der zunehmenden Verwendung niedrig gehaltiger Erze, die durch technische Fortschritte ermöglicht wurden. Die Produktionsabnahme hängt damit zusammen, daß die Minen Anfang 1909 unter Wasserschäden zu leiden hatten, und daß seit Mitte des Jahres die Arbeiterfrage hindernd wirkte. Nach den Versicherungen der Minenleiter dürfte das Schlimmste in bezug auf den Arbeitermangel überwunden sein —.

Demselben Blatt (29. Dezember) ist ein Aufsatz über die

Chicago, Milwaukee und St. Paul Eisenbahn

(der eine Fortsetzung der früheren Artikel über die amerikanischen Eisenbahnen darstellt) zu entnehmen. Sie ist die neueste Pacificbahn, denn erst vor wenigen Monaten wurde der Verkehr auf der westlichen Verlängerung dieser Bahn eröffnet. Die neue Strecke bedeutet eine gefährliche Konkurrenz für die Hillbahnen. Darauf sei auch die größere Abschwächung der Hillwerte an der New Yorker Börse zurückzuführen. Eine dauernde Beeinträchtigung der Hillschen Bahnen sei jedoch wegen des gewaltigen wirtschaftlichen Aufschwunges im Nordwesten vorerst nicht zu erwarten. Das St Paul-Bahnsystem führt von acht großen Häfen am Michigansee und drei am Oberen See mitten in die Kornkammern des großen Westens. Die Gesamtlänge der Linie bis zur Pacificküste beträgt 9000 Meilen; außerdem sind noch Seitenbahnen von insgesamt 1000 Meilen geplant oder im Bau, so daß das gesamte System etwa 16 000 Meilen umfassen wied. Die Anzahl der beförderten Passagiere ist von 1902—1908 von 9,138 auf 14,23 Millionen gestiegen; die Frachten von 19,88 auf 26,18 Millionen t. Unter Berücksichtigung der Pachtungen usw. ist die Kapitalisation der alten Linien auf 34 000 Doll. pro Meile zu berechnen gegen 30 000 Doll. bei der Chicago- und North Western-Bahn, die in demselben Verkehrsgebiet liegt. Die Rockefellers haben bei keiner Bahn in solchem Maße die Kontrolle erlangt, wie bei St. Paul. Die Jahresberichte geben einen durchaus unzulänglichen Einblick. Auch die Rivalin der Bahn, die Chicago and North-Western Railroad, dürfte Expansionsabsichten haben, denn die Aktionäre haben beschlossen, 100 Mill. Doll. Stammaktien zu emittieren. Die Gesellschaft hat schon vor vier oder fünf Jahren den Endpunkt ihres Schienenweges nach Westen vorgeschoben. Es sei damit zu rechnen, daß in absehbarer Zeit eine neue Pacificlinie entsteht, und dann würde das Vanderbild-System vom Meer zu Meer reichen. Das Schienennetz der North-Western umfaßt mit der größten Untergesellschaft etwa 13 000 km. Die Anzahl der beförderten Personen betrug 1908 25,99 Millionen gegen 18,64 Millionen in 1902, die Frachten 30,6 Mill. t gegen 29,32 Mill. t in 1902. Die Kapitalisation beläuft sich auf ca. 31 000 Doll. pro Meile. Außer den Vanderbilds ist Henry C. Frick einer der hauptsächlichsten Interessenten.

Ueber die

Produktionskosten der österreichischen Industrie

hielt der Sekretär des Bundes österreichischer Industrieller Herr Dr. Friedrich Hertz in der Gesellschaft österreichischer Volkwirte einen interessanten Vortrag, der in österreichischen Blättern wiedergegeben wird. Die erhöhten Zölle konnten die auswärtige Konkurrenz häufig nicht abwehren und dies bestätige, daß die österreichische Industrie unter einer starken Ungunst der Produktionsverhältnisse zu leiden hat. Oesterreich ist ein altes Industrieland; infolgedessen werden Fabriken häufig an Orten betrieben, die ihre frühere Eignung für den betreffenden Industriezweig längst eingebüßt haben. Ferner ist Oesterreich ein rohstoffarmes Land. Deutschland

hat z. B. im Jahre 1907 zehnmal so viel Steinkohle produziert wie Oesterreich. Auch mangelt es an günstigen Wasserverbindungen, und das Verkehrswesen ist rückständig. Während in Oesterreich nur 15,8 % der Eisenbahnen mehrgleisig waren, sind es in Preußen 38,7 %, in England 55,6 %. Die Anlagekosten eines Industriebetriebes sind infolge der hohen Preise für Baumaterialien und wegen der baupolizeilichen sozialpolitischen Bestimmungen usw. größer als anderswo. Bei zwei gleich großen Fabriken, die gleichzeitig und nach denselben Plänen in Oesterreich und Deutschland gebaut wurden, kostete der Quadratmeter Arbeitraum in Oesterreich 40 % mehr. In der Baumwollspinnerei sind die Anlagekosten mehr als doppelt so hoch als in England. Wesentlich höher als im Ausland sind auch die Betriebskosten. Die Arbeiterlöhne sind zwar niedriger, aber die Leistungfähigkeit ist erheblich geringer. Während in Oesterreich ein Weber je nach Gegend, Artikel und Geschicklichkeit 1—4 Webstühle bedient, versieht er in England 6—8, in Amerika 8—12 gewöhnliche Stühle. In verschiedenen Industrien hat es sich gezeigt, daß der österreichische Arbeiter nicht imstande ist, sich dem Tempo schnelllaufender amerikanischer und deutscher Spezialmaschinen anzupassen. Zu alledem kommt, daß die nationalen Verhälnisse Oesterreichs die Regie außerordentlich verteuern. Vielleicht der wichtigste Faktor ist, daß der österreichischen Industrie ein großer und kaufkräftiger Markt fehlt. Die Fabrikation ist ebenfalls infolge der nationalen Verhältnisse zersplittert. Notwendig sei, den Export auszudehnen und die Führung in der Fabrikation von Modeartikeln inne zu haben. Durch beides ist eine Spezialisierung und damit eine Verbilligung der Produktion möglich. Ein großer Nachteil ist das Fehlen eines kapitalkräftigen Zwischenhandels, der die Spezialisierung fördert. Durch die erhebliche Steigerung der Rohbaumwollpreise bezw. den Mangel an Rohmaterial muß die Baumwollindustrie, wie bekannt, Betriebseinschränkungen vornehmen. — Herr Arthur Kuffler veröffentlicht über die

Baumwollkrise

in der Neuen Freien Presse (22. Dezember) einen längeren Aufsatz. Wie groß der Einfluß der Preissteigerung der Rohbaumwolle auf die Zahlungbilanz der europäischen Länder ist, ergibt sich daraus, daß der Mehrwert der Baumwollexporte nach Europa gegenüber dem von 8—10 Monaten gültigen Werte auf 800—1000 Mill. Kronen zu schätzen ist. Im Jahre 1904 und auch später hat man ähnliche Verhältnisse hauptsächlich auf Rechnung der Spekulation gesetzt. Auch diesmal ist die Preisbildung großenteils auf die Tätigkeit der amerikanischen Spekulation zurückzuführen; diese könnte sich doch aber nicht betätigen, wenn nicht eine Fehlernte amerikanischer Baumwolle vorhanden wäre. Der Konsum an Baumwollwaren hat sich im Laufe von 20 Jahren fast verdoppelt, ohne daß neue Produktionsgebiete erschlossen worden wären. In Amerika ist seit Jahren keine wesentliche Vergrößerung der Anbaufläche erfolgt. Verschärft wird die Lage dadurch, daß die Baumwollindustrie dem Konsum an Baumwollwaren vorausgeeilt ist. Als die kriegerischen Ereignisse in China, Südafrika und der Mandschurei, die konsumhinderend wirkten, beendet waren, setzte der Aufschwung in der Baumwollindustrie ein, und es wurde ihr neues Kapital und neue Unternehmunglust zugeführt. Als aber die Lagerbestände aufgefüllt waren, wurde der Bedarf geringer. — Die Gründung einer

Lebensversicherunganstalt der ostpreußischen Landschaft

wird nach dem Berliner Börsen Courier (28. Dezember) von dem Plenarkollegium folgendermaßen motiviert. Gegen die Schuldentlastung im Wege der Lebensversicherung wurde früher hauptsächlich eingewendet, daß die Kapitalbildung infolge der hohen Verwaltungkosten ungleich teurer sei als die einfache ununterbrochene landschaftliche Zwangsamortisation, die keine besonderen Einrichtungen beanspruchen. Wenn nun die ostpreußische Landschaft den Gedanken, die Lebensversicherung als Schuldentilgungmittel zu verwerten wieder aufgenommen hat, so ist dies geschehen, weil sie glaubt, die früher gegen die Verwendung der Tilgungbeiträge zur Lebensversicherung geltend gemachten Bedenken durch ihre Vorschläge beseitigt zu haben. Diese Bedenken gipfelten darin, daß die Beiträge ihrem eigentlichen Zweck entzogen wurden und dies dem Interesse des Kreditinstituts nicht entspreche, weil unter Schwächung landschaftlicher Sicherheitsfonds die Tilgungbeiträge Privatgesellschaften überantwortet werden, auf deren Verwaltung etc. die Landschaft keinen Einfluß hat. Mit der Einrichtung einer Lebensversicherunganstalt durch die ostpreußische Landschaft wird zum erstenmal in der Lebensversicherung an die Stelle des Privatbetriebes eine Anstalt des öffentlichen Rechtes treten. — Die Mannheimer Getreidebörse hat die Einführung des

handelsrechtlichen Lieferunggeschäftes in Getreide

beschlossen und gleichzeitig mit Danzig die Genehmigung hierzu erhalten. In Mannheim soll, wie einem Artikel des Berliner Tageblatts (1. Januar) zu entnehmen ist, der Zeithandel auf Weizen, Roggen, Hafer und Mais ausgedehnt werden, in Danzig nur auf Weizen, Roggen und Hafer. Die Bedingungen passen sich im wesentlichen den Berliner Schlußscheinen an. Die Mindestmenge beträgt für beide Plätze 50 t. Die Lieferungqualität des Weizens ist in Mannheim dieselbe wie in Berlin, in Danzig dagegen etwas anders. Für Roggen ist an beiden Plätzen das Berliner Gewicht von 712 g festgesetzt. Das Mindestgewicht für Hafer ist in Danzig etwas größer als in Berlin und Mannheim; es beträgt 480 g. Von der Einführung des handelsrechtlichen Lieferunggeschäfts wird in Fachkreisen eine Einengung des Berliner Marktes erwartet, namentlich die süddeutsche Kundschaft dürfte sich hauptsächlich dem Mannheimer Markte zuwenden. Auch in Duisburg sollen sich Bestrebungen zur Einführung des Zeitgeschäftes geltend machen, während in Hamburg ein solcher Antrag abgelehnt wurde.

Einen weiteren Beitrag für die vielfach ungesunden Verhältnisse in der

Kolonialspekulation

liefert die Frankfurter Zeitung (28. Dezember). Die Anteile der Kaoko-Land- und Minen-Gesellschaft wurden im Juni 1909 in den freien Verkehr mit ca. 102 % eingeführt. Nun hat die South West Africa Co, die einen Teil der Anteile besitzt, eine Expedition zur Erforschung des Kaokofeldes ausgesandt. Soweit bekannt geworden ist, sind die Feststellungen in wirtschaftlicher Beziehung ziemlich negativ gewesen. Trotzdem wird von Berlin aus (die betreffende Firma wird leider nicht genannt) ein Zirkular versandt, das einer Stimmungmache für die Kaokoanteile gleichkommt. Es wird auf Presseäußerungen und gutachtliche Erklärungen verwiesen, nach denen enorme Eisenerzläger vorhanden sein sollen.

Aus den Börsensälen.

Die ersten Tage des neuen Börsenjahres haben der Börsenspekulation eine gewisse Enttäuschung gebracht. Sie hatte in der Erwartung, dass am Geldmarkte beträchtliche Summen zurückfliessen würden und hierdurch das Privatpublikum sich in noch stärkerem Masse als bisher an der Haussespekulation beteiligen werde, umfangreiche Käufe vorgenommen. Aber wie ich schon früher betonte, ist es nicht gut, wenn alle Hoffnungen auf eine einzige Karte gesetzt werden; es tritt gewöhnlich eine Enttäuschung ein, wenn allzu viele mit einem bestimmten Ereignis gerechnet haben. Die Ueberladung mit Hausseengagements ist der wesentlichste Grund für die Zurückhaltung, der sich die Börsenspekulation am ersten Geschäftstage des neuen Jahres befleissigte. Man wird hierin auch die Ursache der Verkaufslust erblicken müssen, die am Dienstag zu beobachten war, obgleich an der Börse dafür ganz andere Gründe angegeben wurden. Man hat insbesondere auf die schwache Haltung New Yorks verwiesen. Sie bildet ja in der Tat insofern eine Enttäuschung, als in Berliner Bankierkreisen kurz zuvor vielfach die Ansicht vorherrschte, an der New Yorker Börse sei eine grosse Kurssteigerung zu erwarten. Geld ist in der Tat in Amerika relativ billig, und wenn die Rückflüsse sich einigermassen in dem erwarteten Umfange halten, so wäre ein Boom immerhin denkbar gewesen. Es scheint jedoch, als ob die Trustfragen den Amerikanern weit grössere Sorgen bereiten, als sie selbst in den letzten Jahren erwartet hatten. Mit Recht konnte angenommen werden, dass Roosevelts Vorgehen gegen die Trusts zu einem guten Teil nur den Zweck hatte, die Wahlen für seine Partei günstiger zu gestalten. Und als Taft die Zügel der Regierung in die Hand nahm, war man in Wallstreet darüber sehr befriedigt, weil der neue Mann in dem Rufe eines nicht so scharfen Trustgegners stand wie sein Vorgänger. Diese Ansicht scheint jedoch in Amerika in den letzten Tagen eine starke Erschütterung erlitten zu haben. Der Sonderbotschaft, die eine Aenderung des bisherigen Antitrustgesetzes einleiten soll, wird an der New Yorker Börse mit grosser Besorgnis entgegengesehen, und überraschenderweise scheint das neue Gesetz für die Trusts keine Erleichterung sondern eine Verschärfung zu bringen. Welche politischen und wirtschaftlichen Folgen die Aenderung des Antitrustgesetzes haben wird, lässt sich von hier aus vorläufig nicht erkennen. Zum mindesten muss abgewartet werden, bis das Gesetz in seinem Wortlaut vorliegt. Vorläufig will es noch immer nicht recht glaubhaft erscheinen, dass die amerikanische Regierung etwas unternehmen sollte, was die auf dem Trustwesen aufgebaute wirtschaftliche Entwicklung Amerikas empfindlich stören müsste. Wie dem aber auch sei: Die Berliner Börse hat in der Tat keinen Grund, sich allzusehr nach der Kursentwicklung in New York zu richten. Irgendwelche gegen die Trusts gerichtete gesetzgeberische Massnahmen vermögen Deutschland nicht zu schädigen. Und auch der Einfluss der New Yorker Börse auf den Berliner Verkehr ist in den letzten Monaten nicht so gross gewesen, dass man logischerweise an einen Rückschlag in Berlin glauben müsste, wenn Amerika aus wirtschaftpolitischen Gründen verstimmt ist. Die Berliner Börse hat sich viel zu sehr von New York emanzipiert, als dass ein solcher Zusammenhang notwendig wäre. Andererseits ist aber das Kursniveau so hoch und die Effekten befinden sich zu einem grossen Teil in so unsicheren Händen, dass eine längere Zeit anhaltende Verstimmung in New York allein aus diesem Grunde auch in Berlin die Tendenz empfindlicher beeinflussen könnte. Es ist auch zu berücksichtigen, dass selbst die Börsenbesucher, die vor 6—8 Wochen noch im allgemeinen eine gewisse Skepsis an den Tag legten, jetzt überaus optimistisch gestimmt sind. Es geht hieraus hervor, dass Baisseengagements höchstens noch in ganz geringem Umfange bestehen und allein hierin liegt schon die Gefahr, sofern nur von irgendeiner Seite der Anstoss zu einem Rückschlag kommt. Ob Amerika diesen Anstoss geben wird, lässt sich natürlich mit Sicherheit nicht sagen. Sicher ist aber, dass es bei den gegenwärtigen Positionsverhältnissen auf logische Erwägungen nicht ankommt, um den Rückschlag herbeizuführen.

* * *

Diesen Erwägungen vermochten sich auch die Banken nicht zu entziehen. In den Jahresbetrachtungen der meisten Grossbanken wurde auf die Gefahr, die in dem gegenwärtig hohen Kursniveau zu finden ist, aufmerksam gemacht. Die Deutsche Bank und die Dresdner Bank haben, wie erinnerlich, sich schon lange nicht mehr optimistisch geäussert. Nun soll aber auch die Berliner Handelsgesellschaft, die bisher in den Wochenberichten sich sehr günstig geäussert hatte und ihre Werte in der letzten Zeit recht gut placieren konnte, nicht mehr „fest“ gestimmt sein. Die Banken haben in der letzten Zeit mit ihren Warnungen nicht viel Glück gehabt. Das spekulierende Publikum hat sie nicht beachtet und immer wieder neue Käufe vorgenommen. Das hindert aber nicht, dass plötzlich der Stimme der Banken eine grössere Beachtung geschenkt wird. In sehr wesentlichem Masse wird die Börsentendenz der nächsten Zeit davon abhängen, welchen Umfang die Rückflüsse am Geldmarkte annehmen werden. Es ist zu berücksichtigen, dass die Reichsbank am Jahresende eine sehr starke Zunahme der Lombarddarlehen aufweist, weil der Satz für Ultimogeld die Chance zu günstigerer Vornahme von Effektenlombardierungen verlieh. Wenn diese Darlehen zur Rückzahlung gelangen, wird der offene Geldmarkt der Börse in Anspruch genommen werden müssen, und gerade die kleinere Spekulation dürfte alsdann zu Effektenverkäufen schreiten.

* * *

Der Kassaindustriemarkt wurde zunächst vollkommen von der Abtrennung der Dividendenscheine beherrscht. Die Spekulation kaufte in den letzten Tagen des alten Jahres Januarwerte in der Erwartung, dass der Abschlag rasch eingeholt werden würde, und setzte diese Käufe auch am ersten Börsentage des neuen Jahres fort. Bald aber zeigte sich doch auch hier eine gewisse Ueberladung, so dass Abschwächungen eintraten. Erzielte diese Kategorie von Papieren zunächst auch die grösseren Steigerungen, so liess sich die Spekulation doch auch nicht abhalten, ihr Interesse anderen Werten zuzuwenden. Bald hatte man nämlich herausgefunden, dass nun Juli-Papiere an die

Reihe kommen müssten, weil ihre Kurse gegenüber den Januar-Werten „vernachlässigt“ seien. Aber auch diese Freude dauerte natürlich nur so lange, wie die Gesamttendenz günstig blieb. Im einzelnen waren meistens diejenigen Papiere beachtet, die schon in der Woche zuvor gestiegen waren, z. B. Kohlenwerte und die Aktien einiger Bau- und Terraingesellschaften. Die Steigerung der Bergwerksaktien ist in der Hauptsache wohl auch nur darauf zurückzuführen, dass sie meistens ihr Geschäftsjahr am 31. Dezember abschliessen. Man hat aber noch besondere Gründe anführen wollen, und verfiel dabei auf eine sehr merkwürdige Erwägung. Es wurde darauf hingewiesen, dass die Gefahr des Bergarbeiterstreiks viele Abnehmer veranlasse, sich mit grösseren Koksbeständen zu versehen. Das Gerücht klingt nicht sehr glaubhaft, weil ja allgemein bekannt ist, dass die Kohlenzechen selbst noch über genügend grosse Bestände verfügen. Selbst wenn es aber zutreffen würde, so läge darin noch kein Grund für eine Kurssteigerung. Kommt es nämlich zum Ausstand, so hätten die Werke trotzdem Schaden, wenn auch einen geringeren als ohne diese Anfüllung der Lagerbestände. Kommt es aber nicht zum Streik, so müsste die Nachfrage am Kohlenmarkte später nachlassen.

* * *

Die Steigerung der Bau- und Terrainwerte erfolgte wiederum mit dem Hinweis, dass im nächsten Frühjahr eine Belebung des Terraingeschäftes zu erwarten stehe. Daran mag vielleicht etwas Richtiges sein, wenn der Grad der Besserung auch natürlich wesentlich davon abhängen wird, in welchem Umfange am Geldmarkte eine Erleichterung eintritt. Aber die Spekulation sollte doch eine genauere Auswahl unter den einzelnen Werten treffen. So stiegen z. B. die Aktien der Terraingesellschaft Borsigwalde, indem an der Börse erzählt wurde, dass die Gesellschaft grössere Verkäufe abgeschlossen habe und noch Anfang dieses Jahres in Liquidation treten werde. Dies ist deshalb unrichtig, weil statutgemäss der Reservefonds erst $33^1/_3$% des Kapitals betragen muss, ehe an eine Liquidation gedacht werden kann. Hierzu fehlen aber noch ca. 350 000 *M*, so dass das Gerücht zum mindesten erheblich verfrüht ist. Auch was über die Verkäufe erzählt wurde, ist nicht zutreffend; die Gesellschaft soll zwar in Unterhandlungen stehen, aber ein Abschluss ist noch nicht erfolgt. Die Bilanz pro 1909 soll sogar unbefriedigend ausfallen; die Gesellschaft hat ungefähr nur so viel verdient, wie die Unkosten betragen.

* * *

Bemerkenswert ist die Steigerung der Aktien einiger Gesellschaften, die ihr Geschäftsjahr bereits vor einigen Monaten abgeschlossen, eine Dividende jedoch noch nicht erklärt haben. In Betracht kommen hierbei hauptsächlich die Bielefelder Maschinenfabrik (Dürkopp) und die Adler-Fahrradwerke vorm. Kleyer. Die Dürkopp-Gesellschaft sollte mit der Veröffentlichung ihres Erträgnisses nicht länger zögern; sie war doch auch im vorigen Jahre in der Lage, Anfang Januar den Abschluss zu publizieren. An der Börse sind sehr hohe Dividendenschätzungen im Umlauf (man spricht von 21—22% gegen 17% i. V.). Wenn die Gesellschaft wirklich so viel besser gearbeitet hat, müsste sie dies doch jetzt schon wissen und hätte wenigstens sagen können, ob es richtig ist, dass die Dividende höher ausfallen wird. Was die Adlerwerke betrifft, so rechnet die Börse ebenfalls mit einer höheren Dividende, obgleich die Gesellschaft zur Zeit ihres Jahresabschlusses (1. November) erklärt hat, dass diese voraussichtlich die Höhe der vorjährigen erreichen werde. Die Erwartung auf ein besseres Erträgnis stützt sich darauf, dass in der Tat, wie ich schon früher betont habe, der Geschäftsgang günstig war; die Gesellschaft soll, wie verlautet, ca. 10% mehr verdient haben als im vorigen Jahre. Es scheinen innerhalb der Verwaltung zwei Strömungen zu bestehen, von denen die eine das vorjährige Erträgnis beibehalten und eine Kapitalvermehrung vermeiden will. Sicher scheint zu sein, dass die Gesellschaft neues Geld braucht, und es kann sich nur darum handeln, ob sie den Bedarf durch Ausgabe junger Aktien oder durch Bankkredit deckt. bb.

Umschau.

Ludwig Cohnstaedt. Im stolzen Haus der Frankfurter Zeitung gab es am Tag vor Silvester ein trauriges Abschiedsfest. Im Konferenzsaal, der so oft die Redakteure des Blattes zu ernsten Besprechungen vereinigt sieht, hatte sich zum letztenmal Ludwig Cohnstaedt als aktives Mitglied der Redaktion und des Verlages der Frankfurterin eingefunden. Abschiedsfeste sind oft grosse Komödien. Die Scheidenden, die so gern fortgehen, erklären mit Theatermiene wie ungern sie scheiden, und die Uebrigbleibenden, die froh sind, dass der Scheidende endlich weg will, barmen in rührenden Worten, dass sie sich in Zukunft verwaist fühlen werden. Die Abschiedsszene aber in der Grossen Eschenheimerstrasse war sicher echt. Denn Ludwig Cohnstaedt scheidet wirklich ungern, und man darf es auch seinen Kollegen glauben, wenn sie erklären, dass sie ihn nicht gern von sich scheiden sehen. Mit Ludwig Cohnstaedt geht ein Stück Tradition aus der Frankfurter Zeitung. Denn bereits als Cohnstaedt im April 1877 an Sonnemanns Stelle die Leitung des Handelsteils der Frankfurter Zeitung übernahm, war er jahrelang ihr Mitarbeiter gewesen. Er war dann nach einer fast beispiellos erfolgreichen Tätigkeit 1893 als stellvertretender Geschäftsführer in den Verlag übergetreten und ist seit 1901 ordentlicher Geschäftsführer gewesen. Allein, wenn es sich bloss darum handelte, dass Cohnstaedt um das Gedeihen des Frankfurter Weltblattes Verdienste gehabt hätte, so könnte ich es mir sparen, an dieser Stelle viel Aufhebens von seinem Scheiden zu machen. Aber Cohnstaedt ist nicht bloss ein Veteran der Handelspresse, wie ich ihn an anderer Stelle genannt habe, sondern er ist einer der Schöpfer der modernen Handelsjournalistik. Journalisten, die Finanzwesen und Handel als Spezialität betrieben, hat es bereits vor Cohnstaedt gegeben. Die berüchtigte Geschichte der Gründerjahre ist ja durch massenhafte Züchtung sogenannter Volkswirte gekennzeichnet. Aber so wie die Frankfurter Zeitung durch Sonnemanns Verdienst mit das erste Blatt war, das die Handelsberichterstattung von allerwärts im grossen Stile aufnahm, so ist wiederum die

Frankfurter Zeitung, und zwar ganz besonders durch Cohnstaedts Verdienst, das erste Blatt gewesen, das unabhängige, freimütige und langvorbereitete Kritik sowohl an einzelnen Unternehmungen wie an volkswirtschaftlichen Institutionen geübt hat. Cohnstaedt war von Beruf Kaufmann und Bankier. Die in der praktischen Tätigkeit erworbenen Kenntnisse der wirtschaftlichen Grundlage war die standfeste Basis, von der aus er seine kritischen Streifzüge unternahm. Die Praxis bot ihm die Probleme, die er gründlich durchführte, und die Methode der Durchführung ermöglichte ihm ein gründliches autodidaktisches Studium der Volkswirtschaft. So war Cohnstaedt Praktiker und Theoretiker zugleich. Aber seine Theorie war gefestigt durch die praktische Erfahrung. Gleich in den Anfängen seiner journalistischen Tätigkeit hatte er sich mit ernsten und wichtigen wirtschaftpolitischen Streitfragen auseinanderzusetzen. Noch bevor er Redakteur war, durchwogte der Währungstreit das Deutsche Reich. Und seine Aufsätze, die er über diese Frage veröffentlichte, erregten wegen ihrer nüchternen Sachlichkeit und der Treffsicherheit seines Urteils allgemeines Aufsehen. Seitdem ist kaum eine volkswirtschaftliche Streitfrage zum Austrag gebracht worden, ohne dass Cohnstaedt dazu gehört worden wäre. Als im Jahre 1894 die Börsenenquête zusammenberufen wurde, befand sich Cohnstaedt unter den wenigen Vertretern der Presse, die zur sachverständigen Aeusserung herangezogen wurden, und auch auf der Sachverständigenliste der Bankenquête figurierte wieder sein Name. Leider zwang ihn seine schwache Gesundheit, den Verhandlungen in der Reichsbank fern zu bleiben. Aber wichtiger noch als Cohnstaedts Behandlung volkswirtschaftlicher Probleme erscheint mir die Eigenart seiner Kritik gegenüber einzelnen Unternehmungen und einzelnen Personen. Die kritische Besprechung von Geschäftsberichten und Bilanzen der deutschen Aktiengesellschaften steht in keinem deutschen Blatt auf ähnlicher Höhe wie in der Frankfurter Zeitung. Cohnstaedt war ein Meister der ruhigen und objektiven Form. Aber er konnte in der Sache scharf und schneidend sein, wenn er davon überzeugt war, dass er schwindelhaften Manipulationen gegenüberstand. Er hat eine Reihe geradezu glänzender Feldzüge gegen Schwindelunternehmer geführt. Ich sehe ganz davon ab, dass die Frankfurter Zeitung fast in jeder Woche vor der einen oder anderen kleineren oder grösseren Schwindelfirma warnt, denke vielmehr namentlich an die grossen Aktionen, angefangen von dem Schwindelklüngel Hollander-Levenstein bis zu Sanden und seinen Genossen und dem Treber-Schmidt. Im Jahre 1891 deckte die Frankfurter Zeitung die unerhörten Manipulationen der Herren Hollander und Levenstein auf, und im selben Jahr noch begann sie den Kampf gegen August Sternberg. Sternberg verklagte die Frankfurter Zeitung und Cohnstaedt, der bis zum Jahre 1902 verantwortlicher Redakteur für den Handelsteil des Blattes war, hatte in Schriftsätzen und in den Auseinandersetzungen des Gerichtssaales reichlich Gelegenheit, seine Behauptungen zu erweisen. So reichlich, dass seitdem August Sternberg um jeden Emissionskredit gebracht war. Die grosse Aktion gegen die Preussische und Pommersche Hypothekenbank und gegen den Treber-Schmidt ist noch zu frisch in aller Gedächtnis, als dass ich sie hier in allen Einzelheiten zu erzählen brauchte. Aber gerade in diesen jüngsten Fällen zeigte sich Cohnstaedt als ein Meister der Polemik. Wie er sein Material verwandte, wie er einen Stein zum andern fügte, bis der Galgen fertig dastand, um den dann die Ueberführten meist selbst die Schlinge legten, in der sie gehenkt wurden, das sich heute wieder ins Gedächtnis zurückzurufen, bereitet geradezu ästhetisches Vergnügen. Wie in allem, was Cohnstaedt tat, imponierte auch besonders die Besonnenheit und die umfassende Vorbereitung. Dabei entging Cohnstaedts Scharfsinn auch nicht der kleinste Umstand. Bereits im Jahre 1896, als sehr weite Kreise die Sandenbanken noch für durchaus erstklassige Institute hielten, hatte Cohnstaedt mit seiner Polemik eingesetzt. Da fand er im Jahre 1900 in einer Juninummer des Reichsanzeigers die Bilanz der Neuen Berliner Baugesellschaft, eines Tochterunternehmens des Sandenkonzerns. Beim Vergleichen dieser Bilanz mit der des Vorjahres bemerkte er eine starke Steigerung der Debitoren dieser kleinen Gesellschaft, und das veranlasste ihn, den Schiebungen nachzugehen, die sich in der sprunghaften Vergrösserung der Debitoren nach seiner Ansicht manifestierten. Die vielen Gegner Cohnstaedts sind zunächst fast immer den Weg gegangen, den Mann zu verdächtigen. Sie haben ihn und seine Zeitung der niedersten Motive beschuldigt. Sie haben schliesslich, wenn sie auf diesem Weg nicht recht vorwärts zu kommen glaubten, so wie der Treber-Schmidt, den Weg der persönlichen Ueberredung beschritten, aber sie haben ihn weder abschrecken noch beschwatzen können, und der Erfolg seiner Feldzüge hat schliesslich die Oeffentlichkeit gezwungen, den erst bitter Geschmähten Abbitte zu leisten. So hat denn Cohnstaedt als unerschrockener und tapferer Journalist vielleicht den grössten Einfluss ausgeübt, den je bisher ein Handelsjournalist auszuüben imstande war. Dabei blieb er persönlich bescheiden und schlicht, freilich vielleicht ab und an auch etwas zu starrsinnig. Aber was bedeutet dieser ganz kleine Schatten in einem Charakter, der sonst so überaus reich an Licht ist. Zu seinen besten Eigenschaften aber gehörte die Eigenschaft, sich einen Nachwuchs heranzuziehen. Cohnstaedt besitzt die seltene Gabe, Redakteure zu bilden, und wenn er heute die Stätte seines langjährigen Wirkens verlässt, so kann er das wirklich, wie er es in seiner Abschiedsrede ausdrückte, mit dem beruhigenden Gefühl tun, dass in seinem Sinn und in seiner Art an der Frankfurter Zeitung fortgearbeitet werden wird. Um ihn und um seinen langjährigen Gehilfen Stern hat sich im Laufe der Jahre eine Anzahl jüngerer Journalisten geschart, die des Meisters würdig sind, und die Handelsredaktion der Frankfurter Zeitung wird daher auch nach Cohnstaedts Fortgang hoffentlich bleiben, was sie, solange dieser Mann an leitender Stelle wirkte, war: ein Hort aufrechter und zu positivem Tun ermutigender Kritik.

Wechselumlauf. Für die Erkenntnis der Struktur unserer Kreditwirtschaft ist von jeher die Berechnung des Wechselumlaufes einer bestimmten Periode und der Vergleich dieses Umlaufes zu verschiedenen Zeiten ein leichtes Hilfsmittel gewesen. Genaue Kenntnis dieses Umlaufes haben wir auf statistischem Wege nie erlangt. Aber es gab immerhin ein Hilfsmittel, das, wenn auch nicht zu

untrüglichen Resultaten, so doch zu brauchbaren Schätzungen führte. Das war der Ausweis des Reichswechselstempels. Da der Durchschnitt der Wechsel drei Monat zu laufen pflegt, so war es möglich, aus dem Ertrag des Wechselstempels ungefähr den Umlauf zu berechnen. Nun besteuert die Novelle zum Wechselstempelgesetz bekanntlich länger als drei Monat laufende Wechsel höher. Die Folge davon ist zwar für den Reichssäckel sehr erfreulich, denn seit dem Monat Juli, in dem die Nachstempelung in Kraft getreten ist, hat sich der Erlös aus Wechselstempelmarken beträchtlich gehoben. Aber für den Kritiker und für den Statistiker ist diese neue Einführung recht traurig, denn nunmehr ist eine Berechnung, wie wir sie bisher haben ungefähr aufstellen können, nicht mehr möglich. Im Interesse der Statistik, die in diesem Fall wirklich eine praktische Bedeutung besitzt, wäre es sehr wünschenswert, wenn für die Versteuerung der mehr als dreimonatlichen Laufzeit besondere Stempelmarken ausgegeben würden, damit man den Erlös aus dem Wechselstempel scheiden könnte in Erlös für Verstempelung einer dreimonatlichen Laufzeit und für Verstempelung der über drei Monat hinausgehenden Laufzeit. Der Fiskus sollte es sich wirklich überlegen, ob es nicht möglich wäre, eine solche Scheidung herbeizuführen. Man könnte ja das einheitliche Wechselstempelformular ruhig belassen und durch einen roten Strich oder ein ähnliches Zeichen die eine Markensorte von der anderen unterscheiden.

bb. Auskunfteien. Im 51. Heft des Plutus habe ich im Anschluss an eine Zeugenaussage im Prozess Echtermeyer die Frage aufgeworfen, ob und in welchen Fällen namhafte Auskunftbureaus Angaben von Firmen, deren Kreditwürdigkeit sie ermitteln sollen, ohne näheren Hinweis als Meinung des Auskunftbureaus wiedergeben. Hierzu schreibt die Auskunftei Schimmelpfeng: „Diejenigen Angaben in der kaufmännischen Kreditauskunft, welche lediglich auf eigenen Angaben des Beauskunfteten beruhen, müssen allerdings in der Auskunft erkennbar gemacht werden. Die sachlichen Gründe hierfür sind in dem Artikel unseres Erachtens zutreffend wiedergegeben. Jeder, der der Auskunftei selbst Aufschluss gibt, kann zwar mit vollem Recht eingehende Berücksichtigung seiner Angaben erwarten, andererseits liegt es aber im Interesse des Auskunftempfängers, dass solche Selbstauskünfte auch als solche charakterisiert werden. Hierbei ist bei uns in nunmehr fast vierzigjähriger Praxis auch ständig gehandelt worden. Die zurzeit in Kraft bestehende Instruktion unserer Beamten bestimmt wörtlich folgendes: ‚Eigene Aufschlüsse, die in eine Auskunft aufgenommen werden, sind ausnahmslos als solche kenntlich zu machen: zwischen ihnen und den Mitteilungen von dritter Seite muss immer scharf unterschieden werden. Eigene Aufschlüsse, die wörtlich wiedergegeben werden, sind zwischen Anführungzeichen zu setzen, und zwar werden die Anführungzeichen, soweit die eigenen Angaben gehen, vor jede Zeile gesetzt, und die Angaben auch mit Anführungzeichen abgeschlossen.‘ Zu den sachlichen Erwägungen treten auch rechtliche. Eine Auskunft die dem Wortlaute nach sich so darstellt, als beruhe sie auf Erkundigungen bei Dritten, während sie lediglich auf eigenen Angaben des Beauskunfteten aufgebaut ist, ist eine arglistige Auskunft. Der berühmte Kommentator des HGB., Staub, sagt im Exkurs zu § 349 Anmerkung 8: ‚Wer eine Auskunft so gibt, als beruhe sie auf zuverlässiger Unterlage, während die Unterlage bewussterweise unsicher ist, handelt schon dolos; ebenso wer bestimmte Angaben in positiver Form macht, obgleich er von deren Richtigkeit positiv überzeugt ist.‘ Das Oberlandesgericht München hat in einer seinerzeit in der Presse viel erörterten Entscheidung vom 5. Februar 1908 in Anwendung dieser Rechtsgrundsätze einen Auskunftbureau-Inhaber, der solche auf eigenen Angaben basierende Auskunft unter Verschweigung der Tatsache, dass es eine reine Selbstauskunft sei, erteilt hatte, für schadensersatzpflichtig erklärt, dies trotz der Haftungausschliessung im Abonnementsvertrag, weil eigene (im Gegensatz zu derjenigen der Hilfspersonen) Arglist vertragsmässig niemals ausgeschlossen werden kann.“

* * *

Auch die Zentralstelle der Auskunfteien Bürgel G. m. b. H. erinnert in einer Zuschrift an das Münchener Urteil. Dieses Urteil behauptete sogar, der Beauskunftete selbst biete als Auskunftquelle „nicht die geringste Gewähr für die Richtigkeit der eingeholten Mitteilungen“. Nach der Auffassung der Auskunfteien Bürgel geht diese Ansicht zu weit, denn man müsse sonst jedermann Treu und Glauben absprechen. Jeder müsse über seine Verhältnisse auch selbst gehört werden, und die eigenen Angaben böten bei der Nachprüfung den Gewährleuten der Auskunftei immerhin eine gewisse Unterlage. Aber auch diese Firma vertritt den Standpunkt, dass die Mitteilungen der Beauskunfteten auch als solche gekennzeichnet werden müssen.

Gedanken über den Geldmarkt.

Der grosse Schritt über die Jahreswende ist nunmehr getan und die Märkte gewinnen allmählich ihre normale Verfassung wieder. Die Stichtage brachten keinerlei Ueberraschung mehr, ihr Verlauf erwies nur, dass man sich allenthalben sorgfältig vorbereitet und ziemlich grosszügig disponiert hatte. Denn fast an allen Plätzen machte sich schon vor dem Ultimo Anlagebegehr geltend, wie er sonst erst im neuen Quartal einzusetzen pflegt. Er kam hauptsächlich in regem Diskontbedarf zum Ausdruck, da Diskonten bei gutem Zinsgewinn ein beliebtes Objekt für die Verbesserung der Liquidität der Bilanzen darstellen. Darüber hinaus war aber auch allgemein noch genügendes Angebot an kurzfristigem Gelde während der Regulierungtage selbst vorhanden, so dass der Eindruck der Knappheit, wie er namentlich in Berlin in den Prolongationstagen bestanden hatte, sich schliesslich ganz verlor. Der Privatdiskont in London war schon vor dem 29. Dezember, dem Zahltage der Stockexchange, in weichende Richtung geraten und notierte Ende des Monats schliesslich nur $3\frac{1}{2}$ %. In Paris wurde die Rate von $2^3/_4$% den ganzen Monat hindurch nicht überschritten und nur in Berlin hielt sich der Satz bis zum 30. Dezember auf $4^1/_4$%. Diese Höhe ist aber weniger in der Stärke des Angebots begründet, als in der Eigenart des Berliner Notierungmodus, der Sichten bis zu einer Minimallaufzeit von 56 Tagen als lieferungfähig gestattet. Solches kurze Material, sog. Schnittwechsel, bilden für den Käufer aber weniger ungünstig ausgefallen ist, als man bis zuletzt be-

Plutus-Merktafel.

Man notiere auf seinem Kalender vor[1]):

Freitag, 7. Januar $2^{1}/_{8}$ %	Düsseldorfer Börse. — Ironmonger-Bericht. — *Dezember- bezw. Jahresausweis Lübeck-Büchener Eisenbahn.* — *G.-V.:* Elektrizitätswerk Schuckert, Siemens & Halske Akt.-Ges., Union Fabrik chem. Produkte.
Sonnabend, 8. Januar $2^{1}/_{8}$ %	Bankausweis New York. — *Transvaal Chamber of Mines.* — *Südafrikanische Goldminenausweise.* — *G.-V.:* Oppelner Akt.-Brauerei u. Presshefefabrik, Dortmunder Victoria-Brauerei, Höfel-Brauerei, Stärkezuckerfabrik Koehlmann, Lapp Akt.-Ges f. Tiefbohrungen, Bank f. Sprit- und Produktenhandel, Posener Sprit-Akt.-Ges. — Schluss des Bezugsrechts neue Aktien Charlottenburger Wasserwerke.
Montag, 10. Januar $2^{1}/_{8}$ %	Essener Börse. — *Reichsbankausweis.* — *G.-V.:* Höcherlbräu, J. P. Bemberg. — Schluss des Bezugsrechts Vorrechtsaktien Georgs-Marien-Bergwerks- und Hüttenverein.
Dienstag, 11. Januar $2^{3}/_{8}$ %	Düsseldorfer Börse. — *G.-V.:* Wanderer Fahrradwerke, Grosse Casseler Strassenbahn, Henninger Reifbräu, Hallesche Kaliwerk, Papierfabrik Niederleschen, Hofbierbrauerei Schöfferhof.
Mittwoch, 12. Januar $2^{1}/_{2}$ %	
Donnerstag, 13. Januar $2^{3}/_{8}$ %	Essener Börse. — Ironage-Bericht. — Bankausweis London, Paris. — *Deutschlands Branntwein- u. Zuckerstatistik.* — *Dekadenausweis Luxemburgische Prinz-Heinrichbahn.*
Freitag, 14. Januar $2^{1}/_{2}$ %	Düsseldorfer Börse. — Ironmonger-Bericht.
Sonnabend, 15. Januar $2^{1}/_{2}$ %	Bankausweis New York. — *Dekadenausweis Franzosen, Lombarden.* — *G.-V.:* Charlottenburger Wasserwerke, Berliner Weissbier-Brauerei, Königsberger Strassenbahn, Waggonfabrik Busch.
	Ausserdem zu achten auf: Erklärungen der Schiffahrtsdividenden, Bankabschlüsse. Zulassungsanträge (in Mill. M.): Berlin: 30 4% Hyp.-Pfdbr. Rheinisch-Westfäl. Bodencreditbank. Dresden: 1,35 neue Aktien Dresdner Gardinen- u. Spitzenmanufaktur. Frankfurt a. M.: 30 4% Pfdbr. Frankfurter Hypotheken-Bank, 2½ $4^{1}/_{2}$ % Obligat. Portland-Cementwerke Heidelberg u. Mannheim. München: 36 Doll. 5% Gold-Bonds St. Louis-San Francisco-Bahn. Verlosungen: 10. Januar: $2^{1}/_{2}$ % Antwerpener 100 Frcs. (1887), 2 % Genter 100 Frcs. (1896). 15. Januar: 5 % Russische 100 Rbl. (1864), 3 % Amsterdam 100 Gld. (1874), 2 % Brüsseler 100 Frcs. (1905), 2 % Serbische 100 Frcs. (1861), 3 % Holl. 100 Gld. (1871).

[1]) Die Merktafel gibt dem Wertpapierbesitzer über alle für ihn wichtigen Ereignisse der kommenden Woche Aufschluss, u. a. über Generalversammlungen, Ablauf von Bezugsrechten, Markttage, Liquidationstage und Losziehungen. Ferner finden die Interessenten darin alles verzeichnet, worauf sie an den betreffenden Tagen in den Zeitungen achten müssen. In *Kursiv*-Schrift sind diejenigen Ereignisse gesetzt, die sich auf den Tag genau nicht bestimmen lassen. Unter dem Datum steht immer der Privatdiskont in Berlin vom selben Tag des Vorjahres.

an den Quartalswenden eine wesentlich ungünstigere Anlage, als langes Papier, und die Notiz des Satzes tendiert durch das überwiegende Angebot derartigen Materials in den Wochen vor dem Quartalsschluss überwiegend nach oben. Dabei sind Wechsel mit annähernd dreimonatiger Laufzeit stark begehrt und häufig unter der notierten Rate zu placieren, wie es auch in diesen Tagen der Fall war Am Ultimo selbst kamen die oben erwähnten Einflüsse in Wegfall und der Privatdiskont passte sich in plötzlichem Sturze um ein halbes Prozent der erleichterten Lage des Gesamtmarktes wieder an.

Zum grossen Teil wurde diese günstige Disposition der Märkte allerdings dadurch herbeigeführt, dass die Interessenten in starkem Umfange auf die Hilfe der Zentralnotenbanken zurückgriffen. Die Ausweise dieser Institute geben hiervon ein deutliches Bild, sie zeigen besonders starkes Wachstum der Anlagen auf Wechsel- und Lombardkonto. Und doch kann ihr Eindruck im grossen und ganzen nicht ungünstig genannt werden, sie lassen vielmehr von neuem erkennen, dass die Märkte trotz der Vorgänge im Anfang des Herbstes in ziemlich normaler Verfassung geblieben sind.

Die Bank von England, die mit einem Diskont von $4^{1}/_{2}$ % gegen $2^{1}/_{2}$ % im Vorjahre die Jahreswende überschreitet, zeigt in ihrem am 29. Dezember, dem offiziellen Zahltage der Stockexchange, abschliessenden Ausweise eine Zunahme des Portefeuilles um 10,6 Mill. gegen 10,9 im Vorjahre. Der Barvorrat verlor 804 000 Pfd. gegen nur 211 000 Pfd. im Jahre 1908. Trotzdem enthält diese Position noch immer 1 900 000 Pfund mehr als damals. Von den Wechseleinreichungen ging der Gegenwert zum grössten Teil auf Depositenkonto, um für die Bedürfnisse an der Monatswende selbst als Reserve zu dienen. Da sich Notenumlauf und Barvorrat günstiger als in den Vorjahren stellen, vermag dieser Ausweis mit 22,2 Mill. Pfd. auch eine bessere Reserve als seine drei letzten Vorgänger aufzuweisen.

Der Status der Banque de France vom gleichen Tage zeigt keine besonders charakteristischen Züge. Die Inanspruchnahme ist auf den meisten Gebieten etwas geringer als im Vorjahre, diese Publikation kann aber überhaupt hier nicht die Bedeutung beanspruchen wie die entsprechende der Bank of England und der deutschen Reichsbank, da die Ansprüche des Jahresschlusses und auch diejenigen der Börsenliquidation noch nicht in ihr enthalten sind.

Der Ausweis der Reichsbank vom 31. Dezember zeigt die bekannte gewaltige Anspannung, der das Institut zum Jahresschluss stets ausgesetzt ist. Man hatte den Umfang der Verschlechterung diesmal besonders heftig erwartet, da die Börse weit mehr Geldbedarf als in den letzten Jahren aufwies. Ueberdies war die weitgehendste Inanspruchnahme der Reichsbank durch Bank- und Börsenkreise schon dadurch bedingt, dass eine Diskontierung kurzfristiger Wechsel mit 5 % und Lombardentnahmen auf einen drittel bis einen halben Monat mit 6 % gegenüber Reportsätzen von 7—$7^{1}/_{4}$ % einen wesentlichen Zinsgewinn bedingten. Unter solchen Umständen musste man mit recht grossen Ziffern für den vorliegenden Ausweis rechnen, und tatsächlich ist die Verschlechterung bedeutender als jemals zu dem gleichen Zeitpunkt. Trotzdem kann man sagen, dass der Ausweis, an sich betrachtet,

fürchtet hatte, und dass seine Ziffern keinen Anlass bieten, die Geldlage pessimistischer zu beurteilen.

Die Verschlechterung beträgt 529 Millionen gegen 491 i. V., d. i. zirka 38 Millionen mehr. Sie wird von vornherein erklärt aus einer Mehrentnahme auf Lombardkonto von ca. 103,5 Millionen, die in der Hauptsache auf die erhöhten Bedürfnisse der Börse zu rechnen ist. Dagegen bewegt sich das Wechselkonto ungefähr auf der Höhe des Vorjahres. Diese Gegenüberstellung ist insofern besonders wichtig, als die Ansprüche von Handel, Industrie und Landwirtschaft mehr in der Bewegung der letzteren Position zum Ausdruck kommen. Der Kreditbedarf dieser drei grossen Faktoren des Wirtschaftlebens zeigt sich also nicht wesentlich höher als 1908, obgleich die Geschäftstätigkeit inzwischen einen allseitigen Aufschwung genommen hat. Andererseits ist aber das Geldbedürfnis der Börse vom Standpunkt der allgemeinen monetären Verhältnisse aus weniger schwerwiegend zu betrachten, da die Regulierung einer Kreditüberspannung auf dieser Seite viel rascher durchzusetzen ist und sich auch viel leichter vollzieht, wenn sie auch für die beteiligten Kreise häufig mit grossen Opfern verbunden ist.

Für die grössere Regsamkeit des gewerblichen Lebens spricht auch die erhebliche Zunahme des Bedarfs an Umlaufsmitteln. Der Metallbestand hat um 68½ Millionen abgenommen; die Verminderung ist zwar 10½ Millionen geringer als im Vorjahre, man kann aber trotzdem annehmen, dass der Bedarf des Verkehrs an Metall keineswegs kleiner, sondern eher noch grösser gewesen ist. Denn es ist zu erinnern, dass die Bank in den letzten Tagen des alten Jahres grössere Beträge Geldes vom Ausland erhalten hat, so ca. 500 000 Pfund Sovereigns aus London und einige Millionen ℳ Barren aus Oesterreich-Ungarn. In der Notenzirkulation kommt der stärkere Barbedarf des Verkehrs unverhüllt zum Ausdruck, indem hier 431,8 Millionen neu entnommen wurden gegen nur 387.3 im Vorjahre.

Von den Anlagekonten interessiert noch der Effektenbestand, der um 123,7 Millionen gegen nur 76 im Vorjahre zunahm. Hierbei handelt es sich aber nicht ausschliesslich um erneuten Geldbedarf des Reiches, sondern es sind auch grosse Beträge Schatzscheine von den Privatbanken an die Reichsbank zurückdiskontiert worden, die in den ersten Tagen des Januar fällig werden. Die Depositen haben um 44 Millionen zugenommen, während sie 1908 um 74 Millionen zurückgingen. Diese Position ist also wesentlich verbessert, und es scheint, dass das Reich den Gegenwert der neu begebenen Schatzscheine grösstenteils stehen liess und auch die Banken die aus der Diskontierung kurzer Wechsel geschaffenen Guthaben nicht voll entnommen haben. Die Rücksicht auf ihre Bilanz legt ihnen die Haltung grösserer Kassenbestände mehr als sonst nahe, da die Ziffern in diesem Jahre nicht nur mit den entsprechenden vorjährigen, sondern auch mit denen der Zweimonatsausweise verglichen werden. Das Resultat des Gesamtausweises ist ein steuerpflichtiger Notenumlauf von 617 Millionen, d. i. 163 Millionen mehr als 1908 und nur 8 Millionen weniger als im Krisenjahre 1907. Die Rückflüsse werden, namentlich in der ersten Woche, zweifellos recht bedeutend sein, und doch ist kaum zu erwarten, dass die Bank noch im Januar aus der Steuerpflicht herauskommt.

Justus.

Reichsbank.

Ausweis vom 31. Dezember 1909.

Aktiva	(Millionen Mk.)
Bestand an Gold	681,056
do. an Scheidemünzen	234,124
do. an Reichskassenscheinen	55,691
do. an Noten anderer Banken	9,916
do. an Wechseln	1 237,360
do. an Lombardforderungen	292,000
do. an Effekten	331,686
do. an sonstigen Aktiven	205,299

Passiva	(Millionen Mk.)
Grundkapital	180,000
Reservefonds	64,814
Betrag der umlaufenden Noten	2 071,512
sonst. tägl. fällig. Verbindlichkeiten	673,624
sonstige Passiva	57,182
Steuerpflichtiger Notenumlauf	617,896

Bank von Frankreich.

Ausweis vom 30. Dezember 1909.

	(Millionen Frcs.)
Gold	3 495,373
Silber	876,009
Portefeuille	1 100,601
Notenumlauf	5 323,895
Privatkonti	659,658
Guthaben des Staates	161,163
Vorschüsse auf Wertpapiere, Gold usw.	527,646

Bank von England.

Ausweis vom 30. Dezember 1909.

	(Millionen Pfd. Sterling)
Totalreserve	22,220
Notenumlauf	28,858
Barvorrat	32,628
Portefeuille	41,770
Privatguthaben	50,210
Regierungssicherheiten	14,712

Gedanken über den Warenmarkt.

Mit der Besserung der industriellen Lage, die sich im letzten Jahresmonat, dem Dezember, weiter fortgesetzt hat, lässt sich ein weiteres Steigen der Rohstoffpreise konstatieren. Auch die Erzeugnisse der Landwirtschaft und sonstige pflanzliche Weltmarktsartikel behaupten mindestens ihren bisherigen Hochstand, gleichgültig, ob die Ernte sich günstiger herausgestellt hat, wie man erwartete, oder ob zu den bisherigen Enttäuschungen neue getreten sind. Für das erstere bieten die Getreidearten, für das letztere die Baumwolle das typische Beispiel. Die Zurückhaltung der Fondsbörsen, die angesichts der steigenden Geldsätze grösser und grösser wird, je näher das Jahresende rückt, hat auch die Warenmärkte insofern beeinflusst, als die noch bis vor kurzem sich geltend machende Spekulation weiter zurückgetreten ist und einer Geschäftstätigkeit, die nur auf die Befriedigung des nächsten Konsums gerichtet war, Platz machte.

Auf dem Getreidemarkt herrschte feste Tendenz, obgleich sowohl die amerikanische, als auch die russische Ernte in ihren Ergebnissen stark nach oben korrigiert worden sind, und insbesondere die deutsche Ernte erheblich besser, als man noch vor kurzem annahm, ausgefallen sein dürfte. Die Festigkeit wurde bedingt durch den Umstand, dass die Vereinigten Staaten doch keineswegs grössere Mengen als früher dem Export bezw. den Konsumländern zur Verfügung stellen können, da sie ihre stark

erschöpften Läger auffüllen müssen. Sodann aber hat die argentinische Ernte, eintreffenden Nachrichten zufolge, doch nicht unter allzu günstigen Witterungverhältnissen in der letzten Zeit mehr gestanden; aus der Zurückhaltung der La Plata-Offerten lässt sich ein gewisser Schluss in dieser Richtung ziehen. Die australische Ernte kann infolge eines allgemeinen Arbeiterausstandes nicht schnell genug auf den Weltmarkt kommen. Wenn gegen Monatsende auch die Klagen aus Argentinien etwas nachliessen und höchstens eine Verzögerung der Ernte eintreten dürfte, andererseits die australische Ernte die recht gute vorjährige noch zu übertreffen versprach, so blieb man, von einigen Schwankungen abgesehen, am Weltmarkt doch weiter fest gestimmt. Auch Deutschlands Märkte konnten sich einer festen Tendenz um so weniger entziehen, als namentlich in Weizen gute Ware relativ knapp war, obgleich andererseits die Saatenstandsnachrichten im ganzen zufriedenstellend lauteten. Am Berliner Platz herrschten folgende Verhältnisse. Weizen: fest infolge der allgemeinen Momente, zu denen aber hier noch Dezemberdeckungen hinzutraten. Die Abwicklung der Dezemberengagements erforderte grössere Mengen Ware, deren Zufuhr auch mit infolge der Witterungverhältnisse erschwert wurde. Auch Mai-Lieferung folgte dem Steigen des Dezemberpreises, gab indessen später nach, um schliesslich wieder anzuziehen. Eine Uebereinstimmung mit den Weltmarktspreisen wurde immer noch nicht erzielt. Roggen: andauernd matt bei einigen Preisabschlägen, zuletzt etwas befestigt. Hafer: ruhig und wenig verändert, zeitweise auf geringeres Provinzangebot höher, um so mehr, als andererseits der Export einige Mengen aufnahm. Zuletzt auf teurere Provinzangebote und Anziehen der russischen Forderungen höher. Mais: anziehend, da die amerikanischen Ernteschätzungen gegenüber dem Vormonate niedriger lauteten, auch Amerika auf höhere Preise hielt. Trotz grösserer Platzzufuhren auch gegen Monatsschluss behauptet. Gerste: im ganzen fest. Mehl: ruhig und schwächer, da die Ankünfte auf dem Wasserwege, der noch offen war, weiter andauerten. Rüböl: trotz geringfügigen Verkehrs zeitweise etwas höher, später leicht schwankend.

Der Kohlenmarkt hat weiter in fester Tendenz verharrt, wenn auch das Syndikat vorläufig noch nicht in eine Verringerung der Fördereinschränkung eingetreten ist. Feierschichten haben nachgelassen, während andererseits die Abrufungen beträchtlicher geworden sind. Auch der Koksmarkt verkehrte fester, immerhin erwartet man noch weitere Anregungen und erhöhten Absatz seitens der eisenindustriellen Betriebe.

Die einzelnen Zweige des Eisenmarktes lassen eine andauernd ruhige und feste Tendenz auch weiterhin erkennen. Freilich fehlt es noch vielfach an Anregungen, namentlich seitens der weiterverarbeitenden Branchen. Der Eingang der Spezifikationen im Verhältnis zum Auftragsbestand wird als noch immer nicht genügend erachtet. Das Zustandekommen mehrerer Konventionen und das Durchsetzen höherer Preise hat auf den Markt im allgemeinen recht günstig gewirkt. Die vom Stahlwerksverband kontrollierten Branchen zeigten eine befriedigende Haltung, auf dem Blechmarkt und dem Drahtmarkt ist der Geschäftsgang lebhafter geworden, auch sind die Preise durchgehend besser. Im Gegensatz zum deutschen Markt lagen die fremden Eisenmärkte, vornehmlich der englische und amerikanische, sehr ruhig, und besonders für die Rohprodukte nach den früheren Steigerungen eher schwächer.

Auf den Metallmärkten verkehrte Kupfer bei ruhigem Geschäft zunächst fest, der Konsum trat dauernd als Käufer auf, auch stimulierten die Erfolge der Bestrebungen zur Bildung eines Kupfertrusts. Später wurde der Markt ruhiger und erfuhr zeitweise Abschwächung, da die statistische Position noch ungünstig blieb. Der Konsum blieb später zurückhaltend. Zinn war lebhaft gefragt; die Notierungen zogen, obgleich der Osten als Abgeber auftrat, scharf an. Zink war bei regem Geschäft fest; Blei

Warenmarktpreise im Dezember.

	1.	8.	15.	21.	29.	
Weizen New York	124 1/2	125	127 1/2	129	126 1/2	cts. per bushel
Weizen Berlin	218 1/2	219 3/4	222 1/2	223	227 1/4	M. per Tonne
Mais Chicago	61 1/4	62	65 5/8	66 1/4	66 5/8	cts. per bushel
Mais Berlin	152	151 3/4	152 3/4	153 1/4	152 1/2	M. per Tonne
Roggen Berlin	166 3/4	168 3/4	166 1/2	165 3/4	165	M. per Tonne
Hafer Berlin	154 1/2	155	155 1/2	155	155 3/4	M. per Tonne
Mehl Berlin	20,80	20,90	20,30	21,10	21,10	M. per dz
Rüböl Berlin	54,10	53,30	54	54,70	54,80	M. per dz
Eisen Glasgow	50/0 1/2	50/8 1/2	50/4	51/3 1/2	51/2 1/2	sh d per ton
Eisen New York	18 1/4	18 1/4	18 1/4	18 1/4	18 1/4	Doll. per ton
Silber London	23 9/16	23 3/4	24 1/2	24 1/16	24 1/4	d per Unze
Kupfer London	58 1/4	59 1/16	59 1/4	60 1/16	61 1/2	£ per ton
Zinn London	143 5/8	145 7/8	148 3/8	154	153 1/2	£ per ton
Blei London	13	12 15/16	13 3/16	13 1/8	13 3/4	£ per ton
Zink London	23 1/8	23 1/16	23 1/8	23 1/8	23 1/8	£ per ton
Baumwolle New York	14,65	14,95	15,15	15,40	15,95	cts. per amerik. Pfd.
Baumwolle Liverpool	7,50	7,72	7,83	7,92	8,28	d per engl. Pfd.
Baumwolle Bremen	72 3/4	73 3/4	75 1/4	76	78 1/2	Pf. per 1/2 kg
Wolle Antwerpen	5,85	5,82 1/2	5,72 1/2	5,72 1/2	5,80	Fr. per kg
Zucker Hamburg	12,80	12,45	12,25	12,20	12,40	M. per 50 kg
Kaffee Hamburg	36,75	36,75	37,25	37,50	36,75	Pf. per 1/2 kg
Petroleum Hamburg (D. A. P. G.)	6,30	6,30	6,30	6,30	6,30	M. per dz
Schmalz Chicago	12,90	12,97 1/2	13,30	12,95	12,50	Doll. per 100 Pfd.

auf Deckungkäufe, die durch stärkeres Eingreifen des Konsums und der Spekulation bedingt wurde, höher.

Die Haltung des Baumwollmarktes ist bei steigenden Preisen und lebhafterem Geschäftsgange zunächst eine feste gewesen, später war sie ruhiger und schwächer. Der Entkörnungbericht und weitere Schätzungen haben später die Tendenz befestigt. Die dauernde Höhe des Rohmaterialienpreises bedingte nach wie vor ein Missverhältnis gegenüber den Fabrikat- und Halbfabrikatpreisen, die nicht entsprechend angezogen haben.

Die Wollpreise haben weiterhin sich gut behauptet.

Der Zuckermarkt setzte in rückläufiger Bewegung ein, die von vorübergehenden Erholungen begleitet war, da Realisationsverkäufen immer wieder Meinungkäufe gegenübertraten. Starke Realisationen am englischen Markt haben weiterhin auf die Haltung der kontinentalen Märkte in abschwächendem Sinne zurückgewirkt. Auch erwies sich die hochgeschätzte Cubaernte als ein abschwächendes Moment. Zuletzt wurde der Markt still.

Kaffee verkehrte in ziemlich fester Haltung, nachdem das bekannte Exportlimit erreicht worden war. Besonders trat die Aufwärtsbewegung am Terminmarkt hervor, während im Effektengeschäft die Preise nicht so bedeutenden Schwankungen ausgesetzt waren.

Petroleum lag ruhig und in den Preisen unverändert.

Mercur.

Bewegung der Warenpreise 1909.

(Nach im Remboursbureau der Deutschen Bank entworfenen Tabellen.)

	1909	1908	1907
Baumwolle			
Loco Notierungen der Bremer Baumwollbörse für Upland middling ($^1/_2$ kg in Pfennigen)			
Höchst:	$74^3/_4$	$63^3/_4$	69
Niedrigst:	$46^1/_4$	$46^1/_4$	$54^1/_4$
Liverpooler Terminnotierung für amerikanische Baumwolle „Good ordinary" (1 lb = 0,4536 kg in Pence)			
Höchst:	7,87	6,17	7,15
Niedrigst:	4,84	4,62	5,45
Blei			
Londoner Schlussnotierungen für „Englisches Blei" 1 ton = 1016 kg in Lstr.			
Höchst:	14	$15^1/_4$	$22^3/_4$
Niedrigst:	$12^3/_4$	$12^3/_4$	$17^1/_8$
Gummi			
Londoner Schluss-Notierung für „India Rubber Fine Para" spot (1 lb = 0.4535 kg in sh)			
Höchst:	$9/3^1/_2$	5/5	$5/3^1/_2$
Niedrigst:	$5/^1/_2$	2/9	$3/3^3/_4$
Jute			
Londoner Schluss-Notierung im Terminhandel für „Good First" (1 ton = 1016 kg in Lstr.)			
Höchst:	$15^7/_8$	$19^1/_2$	$27^1/_2$
Niedrigst:	$12^3/_4$	$12^3/_4$	$14^1/_8$
Kaffee			
Hamburger Nachmittags-Notierung (6 Uhr) für Good average Santos $^1/_2$ kg in Pfennigen			
Höchst:	37	$33^3/_4$	$33^1/_4$
Niedrigst:	31	27	27
Kupfer			
Londoner Schlussnotierungen für Chile-Kupfer. 1 ton = 1016 kg in Lstr.			
Höchst:	$64^1/_8$	65	$110^1/_2$
Niedrigst:	$54^3/_4$	$56^3/_8$	$55^3/_4$
Mais			
New Yorker Notierungen. 1 Bushel = 35,238 l in Cents.			
Höchst:	$86^3/_4$	90	$76^3/_8$
Niedrigst:	68	$67^5/_8$	$51^1/_4$
Petroleum			
New Yorker Notierung „Stand. white" (Notiz pro amerikanische Gallone [2,85 kg] in Cents			
Höchst:	8,50	8,75	8,75
Niedrigst:	8,05	8,50	7,50

	1909	1908	1907
Roggen			
Berliner Notierungen um $2^1/_2$ Uhr (nicht amtlich) (1 t = 1000 kg in Mark)			
Höchst:	199	$212^1/_2$	$217^1/_4$
Niedrigst:	$166^3/_4$	169	166
Salpeter			
Hamburger Termin-Notierung für Chile-Salpeter (50 kg in Mark)			
Höchst:	10,50	10,90	11,25
Niedrigst:	$8{,}42^1/_2$	8,70	9,95
Schmalz			
Chicagoer Notierung für Steam-lard (100 amerik. Pfd. in Dollars)			
Höchst:	12,60	10,40	$10{,}17^1/_2$
Niedrigst:	9,40	$6{,}97^1/_2$	$7{,}22^1/_2$
Silber			
Londoner Schlussnotierung (1 Unce = 31,10 g in Pence)			
Höchst:	$24^7/_8$	27	$32^5/_8$
Niedrigst:	$23^1/_{16}$	$22^3/_{16}$	$26^1/_2$
Weizen			
New Yorker Loconotierung für „Roter Winterweizen" (1 Bushel = 35,238 l in Cents)			
Höchst:	151	114	115
Niedrigst:	$107^3/_8$	$94^5/_8$	80
Berliner Notierung um $2^1/_2$ Uhr (nicht amtlich) (1 t = 1000 kg in Mark)			
Höchst:	271	$229^3/_4$	$235^1/_2$
Niedrigst:	208	$194^3/_4$	$182^1/_4$
Wolle			
Antwerpener Notierung für La Plata-Kammzug Type B (1 kg in Francs)			
Höchst:	5,95	5,40	$6{,}22^1/_2$
Niedrigst:	5,25	4,10	5,55
Zink			
Londoner Schlussnotierung für „Gewöhnliche Marke" (1 t = 1016 kg in Lstr.)			
Höchst:	$23^1/_4$	$21^3/_4$	$28^1/_8$
Niedrigst:	21	18	$20^3/_8$
Zinn			
Londoner Schlussnotierung für „Straits" (1 t = 1016 kg in Lstr.)			
Höchst:	$142^3/_4$	$146^3/_4$	200
Niedrigst:	124	118	$134^3/_4$
Zucker			
Magdeburger Notierung $11^1/_2$ Uhr vorm. für Rohzucker inkl. Sack transito fob Hamburg			
Höchst:	25,50	24,10	20,55
Niedrigst:	20,00	18,90	17,35

Antworten des Herausgebers.

R. H., Hamburg. Anfrage: Als langjähriger Abonnent Ihrer Zeitschrift, die mir u. a. sehr häufig inseressante Aufschlüsse usw. über moderne Buchungformen gebracht hat, erlaube ich mir die ergebene Anfrage, ob nachstehende Buchungart, die ich in unseren Geschäftsbüchern seit Jahren anwende, auch für Sparkassen und ähnliche Betriebe, die unter Staatskontrolle stehen, gebraucht werden kann resp darf? Es wird mir vorgehalten, dass solche Buchungmethode eine gewisse Verschleierung enthalte, die unstatthaft ist, während ich quest. Buchungen für durchaus erlaubt halte, trotzdem man bei quest. Eintragung eine gewisse Verschleierung konstruieren könnte.

Bankbuch

Debet — November 1909 — Credit

Debet			Credit			
Nov. 30.	An Zinsen-Kto. Diskont v. M. 50 000,— laut Nota	M. 475,56	Nov. 30.	Per Wechsel-Kto.		
				An Nordd. Bank für gekauft		
				Diskonte . .	M. 10 000,—	
					„ 30 000,—	
					„ 10 000,—	
				per 26./28./II.	M. 50 000,—	
				Diskont . . .	„ 475,56	
					M. 49 524,44	
				Zinsen-Kto. .	„ 475,56	
						M. 50 000,—

Wenn diese Methode unerlaubt ist, so müsste es im Bankbuch heissen:

Per Wechsel-Kto.
An Nordd. Bank
für Diskonte . . . . M. 49 524,44

und im Memorial:

Per Wechsel-Kto.
An Zinsen-Kto. v. M. 50 000,—
per 26./28./II. . . . M. 475,56.

Antwort: Ich sehe nicht ein, weshalb man aus Ihrer Buchung eine Verschleierung konstruieren könnte. Ich sehe darin nur eine Umständlichkeit. Das einfachste ist doch, im Bankbuch die Wechselsumme abzüglich Diskont zu buchen, und dann durch die Prima Nota die Zinsbuchung vorzunehmen. Aber in der Sache ist es ganz gleichgültig, ob Sie das Zinskonto zu Lasten des Wechselkontos oder zu Lasten des Kontokorrentkontos erkennen. Mir ist nur gar nicht klar, warum Sie eigentlich auf Ihre wirklich sehr komplizierte Methode verfallen sind.

M. K., Unterbarmen. Anfrage: Können Sie mir ein Buch empfehlen, welches über das ganze Wesen des Bilanzabschlusses genaue Aufklärung gibt, speziell aber darüber:

1. Wie sind neuangeschaffte Utensilien, Maschinen usw. in der Bilanz anzusetzen?

Zum vollen Wert oder ist eine direkte Herabsetzung des Wertes zulässig ausser der üblichen Abschreibung?

2. Wie und zu welchem Preise sind fertige, halbfertige Waren in der Bilanz aufzunehmen? Z. B. bei fertigen Waren, die keinem Verderben oder einer Mode oder Konkurrenz nicht unterworfen sind; z. B. Material, Arbeitlohn.

Sind die zur Fabrikation aufgewendeten Unkosten . . . . auch aufzunehmen?

Ich wäre Ihnen sehr dankbar, wenn Sie mir ein Buch usw. beschaffen oder empfehlen könnten, welches hierüber genauen Aufschluss gibt, nebst den nötigen Erläuterungen, welche Abschreibungen zulässig sind und welche nicht.

Antwort: Ueber diese Frage gibt es eine ausserordentlich reichhaltige Literatur. Am ausführlichsten sind diese Dinge in den Büchern über die Bilanzen der Aktiengesellschaften und der Gesellschaften mit beschränkter Haftung behandelt. Ich nenne Ihnen nur Veit Simon, Die Bilanzen der Aktiengesellschaften; Rehm, Die Bilanzen der Aktiengesellschaften und Gesellschaften m. b. H.; Knappe, Die Bilanz der Aktiengesellschaft; Knappe, Die Bilanz der Gesellschaft m. b. H. Die von Ihnen gestellten Einzelfragen sind ohne genügende Kenntnis der einzelnen Fälle gar nicht zu beantworten. Vor allem ist aus Ihrer Anfrage auch nicht zu ersehen, ob Sie die von Ihnen aufzustellende Bilanz als Grundlage für die Steuererklärung machen wollen. Dann dürfen Sie Utensilien und Maschinen nicht niedriger aufnehmen, als sie abzüglich der zu rechtfertigenden Abschreibungen zu bewerten sind. Sehen Sie vom Steuerzweck ab, so steht es Ihnen natürlich frei, Ihre Maschinen so niedrig zu inventarisieren, wie Sie wollen. Allerdings sind Sie an die Vorschrift des Handelsgesetzbuches gebunden, dass Vermögen und Schulden zum wahren Wert aufzunehmen sind. Aber was bedeutet bei Maschinen wahrer Wert. Es kommt da doch wieder ganz darauf an, ob es sich um Maschinen handelt, die häufig durch neue ersetzt werden müssen, oder um solche, die sehr lange zu brauchen sind, usw. Fertige und halbfertige Waren können natürlich unter Hinzuziehung der zur Fabrikation gebrauchten Unkosten inventarisiert werden. Aber es darf sich dabei auch wirklich nur um reelle Fabrikationsunkosten handeln. Dagegen geht es nicht an, etwa die Handlungunkosten den Waren zuzuschlagen.

Bankprokurist, Osnabrück. Anfrage: Ich richte an Sie die höfliche Bitte, mir sagen zu wollen, ob es ein Buch in deutscher Sprache gibt, aus dem ich mich über den Effektenhandel an der Londoner Börse (speziell Minen-Shares) unterrichten kann.

Antwort: Ich empfehle Ihnen das soeben erschienene Buch von Dr. Willy Ruppel, Das Geschäft in Minenwerten an der Londoner Börse. (Preis 3 M.)

G. K., Cöln. Anfrage: Ich ersuche Sie hiermit höflichst, mir im Plutus Namen und Verlag einer oder einiger Buchhaltungfachzeitschriften anzugeben, welche Sie für wirklich gut halten.

Antwort: Zeitschrift für Buchhaltung. Herausgeber Prof. Hans Belohlawek-Linz (Verlag Zentraldruckerei in Linz a. D. 12 Hefte jährlich 8 M.).

Plutus-Archiv.

Waren des Welthandels.

Diamanten.[1])

Die Einheit der Gewinnung bildet die sogenannte **Last** (Loat) 16 Kubikfuss oder $^3/_4$ t. auf welcher Basis auch die Arbeitlöhne und Kosten an Wasser, Kohle, Oel sowie endlich die Ergebnisse berechnet werden. Heute können in einem Diamantenbergwerk täglich 30—40 000 Lasten gehoben werden. Eine einzige elektrische Schaufel, welche gleichzeitig zwei Lasten hebt und auf den bereitstehenden Wagen fährt, vermag im günstigsten Falle täglich etwa 10 000 Lasten zu fördern. Die Abbau- und Förderungkosten betragen heute pro Last ca. 1,60 ℳ. Die weitere **Aufbereitung** der Diamanten erfolgt heute 1. durch **direktes Waschen.** Dasselbe findet Anwendung bei dem weichen Gelbgrund und weichen Blaugrund aus den oberen Teilen der Grube, 2. das sogenannte **Flooren** oder Flooring-System mit nachfolgendem Waschen. Man setzt das diamantführende Gestein, das durch Graben gewonnen ist, direkt den Einflüssen der Luft aus. Zu diesem Zwecke breitet man den Blaugrund auf weite Felder in einer Schichtdicke von etwa 16—17 Zoll, manchmal bis zu 28—29 Zoll aus. Das diamantführende Gestein lagert hier mehrere Monate und verwittert dabei.

[1]) Siehe Plutus Jahrgang 1909 Seite 787, 807, 825, 846, 863, 902, 921, 940, 961, 979, 1003, Jahrgang 1910 Seite 19 ff.

(Fortsetzung folgt.)

Neue Literatur der Volkswirtschaft und des Rechts.

(Der Herausgeber des Plutus behält sich vor, die hier aufgeführten Eingänge an Neuerscheinungen besonders zu besprechen. Vorläufig werden sie an dieser Stelle mit ausführlicher Inhaltsangabe registriert.)

Sozialistische Monatshefte, Herausgeber Dr. J. Bloch. 1909, Heft 25. Preis 50 Pfg. Berlin 1909, Verlag der Sozialistischen Monatshefte.

Die grosse Strafrechtsreform, von Otto Lang. — Die Entwicklung des Versicherungsgedankens, von Friedrich Kleeis. — Die internationale Organisation der Schiffahrtsunternehmer, von Paul Müller. — Das Dienstbotenproblem in den intellektuellen Kreisen, von Hulda Maurenbrecher.

Die Konkurrenzklauseln der technischen Privatbeamten, von A. F. Martin. Preis 30 Pf. Heft 5 aus der Schriftensammlung des D. T. V. Berlin SW. 68, Markgrafenstr. 94.

Generalversammlungen.

(Die erste Zahl hinter dem Namen der Gesellschaft gibt den Tag der Generalversammlung an, die zweite den Schlusstermin für die Aktienanmeldung und die dritte den Tag der Bekanntmachung im Reichsanzeiger. Der Ort ist der Generalversammlungsort. Unsere Aufstellung enthält die Generalversammlungen sämtlicher deutscher Aktiengesellschaften.)

A.-G. Chromo, Altenburg, S.-A., 22. 1. 1910, 18. 1. 1910, 8. 12. ● A.-G. f. Grunderwerb, Duisburg, 17. 1. 1910, 13. 1. 1910, 20. 12. ● A.-G. f. Spiritus-Beleuchtung und -Heizung, Leipzig, 21. 1. 1910, 17. 1. 1910, 29. 12. ● Aktienbierbrauerei Zwickau, 14. 1. 1910, 10. 1. 1910, 29. 12.

Bamberger Ziegel- u. Tonwerke A.-G. Bischberg, Würzburg, 22. 1. 1910, 18. 1. 1910, 28. 12. ● Brauerei Amos, A.-G. zu Sablon, Sablon, 21. 1. 1910, 17. 1. 1910, 31. 12. ● Brauerei vorm. M. Armbruster & Cie. A.-G., Offenburg, 18. 1. 1910, 14. 1. 1910, 10. 12. ● Brauerei zum Feldschlösschen A.-G., Dresden, 25. 1. 1910, 21. 1. 1910, 18. 12. ● Brauerei Paul Freund A.-G., St. Ludwig, 18. 1. 1910, 14. 1. 1910, 28. 12. ● Brauerei-Gesellschaft Gg. Neff, Aktienbrauerei, Heidenheim a. Brz., 14. 1. 1910, 10. 1. 1910, 20. 12. ● Brauerei zum Zähringer Löwen, Schwetzingen, 18. 1. 1910, 14. 1. 1910, 17. 12.

Christl. Buch- u. Kunstverlag Carl Hirsch A.-G., Zürich, 6. 1. 1910, 2. 1. 1910, 28. 12.

Deseniss & Jacobi A.-G., Hamburg, 11. 1. 1910, 7. 1. 1910, 28. 12. ● Deutsche Bierbrauerei A.-G., Berlin, 22. 1. 1910, 18. 1. 1910, 11. 12. ● Deutsche Personalkreditbank A.-G., Berlin, 20. 1. 1910, 16. 1. 1910, 20. 12.

Eberswalder Brauerei A.-G. vorm. Jagdschlösschen-Schiele, Eberswalde, 18. 1. 1910, 14. 1. 1910, 18. 12.

Fehr & Wolff A.-G., Habelschwerdt, 17. 1. 1910, 13. 1. 1910, 27. 12. ● Feuerversicherungsgesellschaft Rheinland, Neuss, 24. 1. 1910, 20. 1. 1910, 24. 12.

Gaswerk Philippsburg A.-G., Philippsburg, Baden, 19. 1. 1910, 15. 1. 1910, 31. 12. ● Gesellschaft f. Brauerei-, Spiritus- u. Presshefe-Fabrikation, Karlsruhe, 18. 1. 1910, 14. 1. 1910, 20. 12. ● Grundcreditbank A.-G., Duisburg, 22. 1. 1910, 18. 1. 1910, 27. 12.

Hansa-Brauerei A.-G., Stralsund, 24. 1. 1910, 20. 1. 1910, 30. 12. ● Hemelinger Aktien-Brauerei, Bremen, 18. 1. 1910, 14. 1. 1910, 29. 12.

Kapuzinerbräu A.-G., Kulmbach, 20. 1. 1910, 16. 1. 1910, 13. 12.

Lothringer Ziegelwerke A.-G., Metz, 17. 1. 1910, 13. 1. 1910, 15. 12. ● Löwenbrauerei A.-G. vorm. J. Busch Annweiler, Mannheim, 19. 1. 1910, 15. 1. 1910, 24. 12.

Mitteldeutsche Gummiwarenfabrik Louis Peter A.-G., Frankfurt a. M., 22. 1. 1910, 18. 1. 1910, 29. 12. ● Mülheim-Niedermendiger Aktien-Brauerei u. Mälzerei, Mülheim, 22. 1. 1910, 18. 1. 1910, 29. 12.

Ostdeutsches Grenzschlösschen Dampf-Brauerei A.-G., Eydtkuhnen, 15. 1. 1910, 11. 1. 1910, 28. 12.

Paderborner Aktien-Brauerei, Paderborn, 15. 1. 1910, 12. 1. 1910, 27. 12. ● Pantherwerke A.-G., Braunschweig, 22. 1. 1910, 18. 1. 1910, 10. 12.

Ratzeburger Kleinbahn A.-G., Ratzeburg, 19. 1. 1910, 15. 1. 1910, 22. 12.

Sächsische Turbinenbau- u. Maschinenfabrik A.-G., Meissen, 18. 1. 1910, 14. 1. 1910, 21. 12. ● Schlesische Feuerversicherungsges., Breslau, 20. 1. 1910, 16. 1. 1910, 31. 12. ● Schwabingerbrauerei in München A.-G., München, 20. 1. 1910, 16. 1. 1910, 27. 12. ● Solbad Segeberg A.-G., Segeberg, 15. 1. 1910, 11. 1. 1910, 27. 12. ● Stettiner Spritwerke A.-G., Berlin, 21. 1. 1910, 17. 1. 1910, 24. 12.

Vereinigte Kunstanstalten A.-G., Zürich, 7. 1. 1910, 3. 1. 1910, 28. 12. ● Vereinsbrauerei Apolda A.-G., Apolda, 20. 1. 1910, 16. 1. 1910, 16. 12.

Wilhelmsbau A.-G., Stuttgart, 17. 1. 1910, 13. 1. 1910, 18. 12. ● A. Wernicke, Maschinenbau A.-G. i. L., Halle a. S., 20. 1. 1910, 14. 1. 1910, 16. 12. ● E. Wunderlich & Comp. A.-G., Dresden, 22. 1. 1910, 18. 1. 1910, 22. 12.

Zoologischer Garten, Köln, 22. 1. 1910, 18. 1. 1910, 17. 12.

Aus der Geschäftswelt.

Die Mitteilungen in den folgenden Rubriken sind Darlegungen der Interessenten und erscheinen ohne Verantwortlichkeit der Redaktion und des Herausgebers.

Essener Credit-Anstalt in Essen-Ruhr.

Zweigniederlassungen in: **Altenessen, Bocholt, Bochum, Dorsten i. W., Dortmund, Duisburg, D.-Ruhrort, Gelsenkirchen, Hamborn, Herne, Homberg a. Rh., Iserlohn, Mülheim-Ruhr, Münster i. W., Oberhausen (Rhld.), Recklinghausen, Schalke, Wanne, Wesel und Witten.**

Aktien-Kapital und Reserven Mark 80 000 000.
Telegramm-Adresse: **Creditanstalt.** [3006

Fernsprech-Anschluss: **Essen Nr. 12, 194, 195, 431, 535, 607, 611, 612, 742 und 844.**

Im freien Verkehr ermittelte Kurse vom 4. Jan. 1909, abgeschlossen 6 Uhr abends.

	Gesucht	Angeboten
Kohlen.		
Alte Haase	1685	1700
Blankenburg	2800	3100
Brassert	—	—
Carolus Magnus	—	6800
Constantin der Gr.	42500	45000
Deutschland b. Hassl.	5575	5625
Dorstfeld	14900	15300
Eintracht Tiefbau	7750	7900
Ewald	55000	57000
Fr. Vogel & Unverh.	2750	2775
Friedrich der Grosse	25700	27000
Gottessegen	4200	4375
Graf Bismarck	—	—
Graf Schwerin	12400	12700
Heinrich	5300	5500
Helene & Amalie	19450	19700
Hermann I/III	4250	4300
Johann Deimelsberg	9150	9300
Kaiser Friedrich	—	—
König Ludwig	33000	34400
Königin Elisabeth	22300	23400
Langenbrahm	27000	27400
Lothringen	30800	31600
Mont Cenis	23400	23800
Neuessen Act.	480%	—
Oespel	3375	3450
Schürb. & Charlottbg.	1875	1950
Tremonia	4075	4150
Trier	6225	6325
Unser Fritz	—	—
Westfalen Anteile	9650	9750
Braunkohlen.		
Bellerhammer Brk.	3400	3450
Clarenbg. Akt. Braunk.	348%	—
Elzer Gruben	—	—
Humboldt	—	—
Lucherberg	3200	3300
Regiser	—	—
Schallmauer, Braunk.	4200	4250
Kali.		
Adler Vorz.-Act.	124%	125%
Adler Stamm-Act.	79%	80 1/2
Alexandershall	11600	11850
Beienrode	7050	7200
Bismarckshall Vorz.-Act.	120%	121 1/2
Bismarckshall Stamm-Act.	98%	99%
Burbach	15700	16000
Carlsfund	8300	8400
Desdemona	8600	—
Deutsche Kaliwerke Act.	150 1/2	153%
Deutschland, Justenbg.	5550	5675
Einigkeit, Fallersl.	9200	9350
Friedrichshall Act.	113%	114 1/2
Glückauf, Sondershausen	19000	19800
Grossherz. v. Sachsen	7850	8050
Günthershall	5750	5850
Hattorf, Vorzugs-Aktien	122 1/2	124%
Heiligenroda	5800	5875
Heldburg Act.	85 1/2	87%
Heldrungen I	3325	3375
Heldrungen II	3325	3375
Hermann II	4450	4550
Hohenfels	9700	9900
Hohenzollern	5775	5850
Immenrode	5450	5550
Johannashall	5050	5150
Justus Act.	131%	132 1/2
Kaiseroda	10500	10900
Krügershall vollb.	130%	132%
Ludwigsh. vollb. Act.	120%	121%
Neu-Bleicherode	152 1/2	154%
Neustassfurt	15700	16300
Nordhäuser Kali	—	—
Ronnenberg Act.	144 1/2	146%
Rossleben	10550	10700
Rothenberg	3275	3325
Sachsen-Weimar	6500	6600
Siegfried I	6450	6525
Sigmundshall Act.	190%	192%
Teutonia	138 1/2	141%
Volkenroda	5650	5800
Walbeck	7050	7200
Wilhelmshall	14350	14700
Wintershall	16500	16700
Erz.		
Apfelbaumer Zug	200	225
Bautenberg	2350	2400
Concordia	1500	—
Fernie	3350	3450
Henriette	2275	2325
Kuhlenberger Zug	475	525
Louise Brauneisenst.	1650	1700
Neue Hoffnung	190	210
Victoria bei Littfeld	—	—
Wildberg	—	—
Div. Kuxe und Aktien.		
Ver. Flanschenfabr. und Stanzwerke	—	—
Rhein. Bergbau	—	—
R.-W. Electr.-W. Act.	—	—
Düsseldorfer Eisen- und Drahtind. Act.	—	—
Union Zement Act.	—	—
Waggonfbr. Uerd. V.-A.	138 1/2	140%
Westdeutsch. Eisenw.	—	—

Londoner Börsenkurse

(mitgeteilt von [3002

M. Marx & Co.,

Gresham House Old Broad Street, London E.C.)

Filiale Berlin, Unter den Linden 65.

Amerikaner	24. 12.	3. 1.
Atchison	124 5/8	127 5/8
Baltimore and Ohio	121	122 1/4
Canadian Pacific	184 7/8	187 3/8
Erie Common	34 1/4	35 1/4
Missouri Kans. and Texas	50 5/8	51 3/4
Southern Railway	32 3/4	34 3/4
Southern Pacific	136	140 3/4
Union Pacific	207 3/4	210 3/4
U. S. Steel Common	93 5/8	93 3/4
Grand Trunk Ordy	21 5/8	21 7/8
Minen		
Südafrikaner und Rhod.		
Anglo French Expl.	1 7/8	2
Cinderella Deep	2 3/8	2 3/4
Chartered	1 19/32	1 19/32
Crown Mines	8 3/16	8 3/16
General Mining und Fin.	2 5/32	2 1/4
Goerz & Co.	2 1/8	2 5/32
Goldfields Ordy	5 29/32	6 5/32
Johannesb. Cons. Inv.	1 21/32	1 21/32
Kleinfontein New	2 11/16	1 11/16
Knights Central	2 1/16	2 3/32
Langlaagte Estates	2 7/8	2 15/16
Modderfontein	11 1/4	11 3/8
Randfontein	[illegible]	2 1/4
Rand Mines	9 7/32	9 15/32
Rose Deep	4 13/16	4 13/16
Rhodesian Bankets	2 1/4	2 9/32
Robinson Deep	4	3 7/8
South West Africa	38/0	38/6
Tanganyikas	5 15/32	5 17/32
Witwatersrand Deep	5 1/4	5 1/4
Diamant, Kupfer u. andere		
Anaconda	10 5/16	11 1/8
Associated Gold of W. Aust.	29/32	15/16
Boston Copper	4 7/16	4 9/16
Broken Hill Prop.	42/6	2 5/32
De Beers Defd.	19 1/16	19 13/16
Esperanza	2 3/4	2 15/16
Golden Horseshoe	7 9/16	7 1/4 xd
Great Fingall Consolidated	3/4	25/32
Kalgurli	7 1/8	7 3/8
Mount Lyell Mining	38/0	37/6
Mount Lyell Consols 7/6 shares 7/0 paid	4/6	4/6
Oroya Brownhill	29/32	29/32
Rio Tinto	78	79 5/8
Sons of Gwalia	2	1 7/8
Spassky Copper	2 1/2	2 5/8
Fremde Werte		
Engl. Consols 2 1/2%	82 3/4	82 15/16
Brazilian 4%	87 1/2	88
Colombian 1896	45	44 3/4 xd
Japanese 4 1/2% 1905	93 1/8	91 1/2
Mexican 5%	102	101 [illegible] x
Peru Ordy	9 1/4	9 3/8
Peru Pref.	35 7/8	35 1/2 xd
Province of Buenos Aires 3%	68 1/4	68 5/8 xd
Venezuela	54 1/2	54 xd

Die Börse öffnete heute bei regem Geschäft, und hauptsächlich Minenwerte waren fest. Diamantwerte gefragt. Amerikaner auf Gewinnabgaben bei Schluss der Börse etwas abgeschwächt. Auch Kupferaktien mussten auf Amerika hin im Kurse nachgeben.

Preußische Pfandbrief-Bank. Die Bank veröffentlicht im Inseratenteil die Hauptziffern ihres Status und gibt bekannt, daß sie in allen größeren und mittleren Städten Deutschlands Agenturen zur Entgegennahme von Anträgen auf Gewährung von Hypotheken- und Kommunal-Darlehnen unterhält, und daß der Verkauf ihrer Pfandbriefe und Kommunal-Obligationen durch die Mehrzahl der deutschen Banken und Bankfirmen erfolgt. Prospekte über Darlehnsgewährungen sind bei den Agenturen, Exposés über Pfandbriefe und Obligationen bei den Bankstellen erhältlich.

Münchener Rückversicherungs-Gesellschaft. In der Generalversammlung war durch 77 Aktionäre beschlossen, das Grundkapital der Gesellschaft von ℳ 20 000 000 auf ℳ 25 000 000 zu erhöhen. Die Erhöhung erfolgt durch Neuausgabe von 3125 Aktien zum Kurse von ℳ 1600 pro Stück, nämlich ℳ 400 25 %ige Einzahlung und ℳ 1200 Agio, zuzüglich 4 % Zinsen aus ℳ 1600 vom 1. Januar 1910 bis zum Zahltage. Die neuen Aktien nehmen an dem Geschäftsgewinn des Jahres 1909/10 mit der Hälfte der auf die alten Aktien entfallenden Jahresdividende teil. Den Aktionären wird das Bezugsrecht auf die neuen Aktien nach Maßgabe ihres Aktienbesitzes in der Weise eingeräumt, daß auf je 4 alte Aktien eine neue Aktie bezogen werden kann. Die bezüglichen Ausschreibungen werden in

Münchener Rückversicherungs-Gesellschaft.

Neunundzwanzigster Rechnungs-Abschluss für die Zeit vom 1. Juli 1908 bis 30. Juni 1909.

Gewinn- und Verlust-Konto pro 1908/09.

Soll.

	M.	Pf	M.	Pf
Feuer- und Nebenbranchen:				
Retrozessions-Prämien	37 381 797	43		
Bezahlte Schäden M. 58 962 208.62, ab: Retrozession „ 23 919 608.40	35 042 600	22		
Schadenreserven, abzüglich des Anteils der Rückversicherer	12 751 170	19		
Prämienreserven, abzüglich des Anteils der Rückversicherer	20 510 264	35		
Provision	12 750 955	93	118 436 788	12
Ueberschuss M. 2 225 047.46				
Unfall- und Nebenbranchen:				
Retrozessions-Prämien	1 552 789	80		
Bezahlte Schäden M. 9 395 294.41, ab: Retrozession „ 670 115.69	8 725 178	72		
Schadenreserven, abzüglich des Anteils der Rückversicherer	10 321 658	73		
Prämienreserven, abzüglich des Anteils der Rückversicherer	9 500 944	42		
Provision	7 880 045	48	37 980 617	15
Ueberschuss M. 676 320.04				
Lebensbranche:				
Retrozessions-Prämien	1 336 581	81		
Zahlungen für Todes- und Erlebensfälle M. 7 040 461.97, ab: Retrozession „ 816 415.53	6 224 046	44		
Zahlungen für vorzeitig aufgelöste Versicherungen M. 1 004 832.79, ab: Retrozession „ 71 725.95	933 106	84		
Reserve für schwebende Todes- und Erlebensfälle	642 929	69		
Prämienreserve (abzüglich des Anteils der Rückversicherer), Dividenden- und Kriegsversicherungsreserve	61 673 095	18		
Provision und Dividenden	4 598 060	25	75 407 820	21
Ueberschuss M. 324 595.46				
Transportbranche:				
Retrozessions-Prämien	23 930 686	74		
Bezahlte Schäden M. 29 592 569.49, ab: Retrozession „ 22 933 224.04	6 659 345	45		
Schadenreserve, abzüglich des Anteils der Rückversicherer	2 970 466	37		
Prämienreserve, abzüglich des Anteils der Rückversicherer	2 148 530	86		
Provision	1 656 685	34	37 385 714	76
Verlust M. 202 015.17				
Verwaltungskosten			1 654 381	90
Steuern			158 735	40
Gewinn und dessen Verwendung:				
a) an Reserve für unvorhergesehene Ereignisse	1 500 000	—		
b) „ Tantieme	120 945	56		
c) „ die Aktionäre	1 500 000	—		
d) „ Vortrag auf neue Rechnung	994 606	97	4 115 552	53
			275 139 610	07

Haben.

	M.	Pf	M.	P
Gewinn-Vortrag aus 1907/08			802 944	99
Feuer- und Nebenbranchen:				
Prämienreserven aus dem Vorjahre	22 339 368	68		
Schadenreserven aus dem Vorjahre	12 598 195	23		
Prämieneinnahme im laufenden Jahre	85 724 271	67	120 661 835	58
Unfall- und Nebenbranchen:				
Prämienreserven aus dem Vorjahre	8 405 604	26		
Schadenreserven aus dem Vorjahre	8 452 028	31		
Prämieneinnahme im laufenden Jahre	21 799 304	62	38 656 937	19
Lebensbranche:				
Prämienreserve, Dividenden- und Kriegsversicherungsreserve	55 791 881	49		
Reserve für schwebende Todes- und Erlebensfälle aus dem Vorjahre	763 457	11		
Prämieneinnahme im laufenden Jahre	16 637 640	21		
Zinsenerträgnis der Prämienreserve	2 539 436	86	75 732 415	67
Transportbranche:				
Prämienreserve aus dem Vorjahre	2 165 526	65		
Schadenreserve aus dem Vorjahre	2 247 253	42		
Prämieneinnahme im laufenden Jahre	32 770 919	52	37 183 699	59
Einnahmen an Zinsen, Dividenden und Valutendifferenzen	4 641 213	91		
abzüglich Zinsen der Lebensbranche	2 539 436	86	2 101 777	05
			275 139 610	07

Bilanz vom 30. Juni 1909.

Aktiva.

	M.	Pf	M.	Pf
Forderungen an die Aktionäre für noch nicht eingezahltes Aktienkapital (Solawechsel)			15 000 000	—
Inländische Effekten:				
Deutsche Staatspapiere	4 626 826	54		
Deutsche Provinzialanleihe	228 750	–		
Ausländische Effekten:				
Staatspapiere	4 445 022	33		
Kommunalanleihen	983 501	33		
Sparkassen- und Bodenkredit-Pfandbriefe	1 600 746	78		
Eisenbahn-Prior.-Obligationen	12 036 417	44		
Diverse	685 409	40	24 606 673	82

Passiva.

	M.	Pf	M.	Pf
Aktien-Kapital			20 000 000	—
Prämien-Reserven bzw. -Ueberträge:				
Feuerbranche	20 510 264	35		
Unfallbranche	9 500 944	42		
Lebensbranche	61 673 095	18		
Transportbranche	2 148 530	86	93 832 834	81
Schaden-Reserven:				
Feuerbranche	12 751 170	19		

Aktiva. **Bilanz vom 30. Juni 1909.** **Passiva.**

Aktiva	M.	Pf	M.	Pf
Transport			39 606 673	82
Hypotheken-Darlehen und sonstige zinstragende Forderungen . . .			10 510 850	30
Guthaben bei Banken			6 453 542	32
Kapitalbeteiligung an Versicherungsunternehmungen			9 742 286	35
In Aufbewahrung und Verwaltung der rückversicherten Gesellschaften befindliche Prämien-Reserve:				
der Lebensbranche	59 221 899	65		
der Unfallbranche	2 677 826	84	61 899 726	49
Guthaben bei Versicherungs-Gesellschaften	41 056 782	—		
abzüglich Kreditoren	1 472 325	49	39 584 456	51
Guthaben bei Agenturen			242 918	68
Anteilig auf das Rechnungsjahr entfallende Zinsen			510 114	52
			168 550 568	99

Passiva	M.	Pf	M.	Pf
Transport			140 519 059	79
Gesetzlicher Reservefonds . . .	10 000 000	—		
Reserve für unvorhergesehene Ereignisse	8 000 000	—		
Gewinn-Reserve-Konto	3 000 000	—		
Sicherheitsfonds für Kapitalbeteiligung an Versicherungsunternehmungen	1 000 000	—	22 000 000	—
Bau- und Einrichtungs-Konto . .			250 000	—
Guthaben der Retrozessionäre für von uns einbehaltene Lebensversicherungs-Reserven . . .			3 165 536	67
Sonstige Passiva			121 365	56
Dividende an die Aktionäre . . .			1 500 000	—
Vortrag auf neue Rechnung . . .			994 606	97
			168 550 568	99

Der Vorstand.
C. Thieme.

Die Richtigkeit des Abschlusses bescheinigen wir hiermit auf Grund der Bücher. [3030

Wilh. von Finck. Dr. von Pemsel. Freiherr von Cramer-Klett. Kaempf. Hugo von Maffei.

Münchener Rückversicherungs-Gesellschaft in München.

In der ordentlichen Generalversammlung vom 29. Dezember 1909 wurde die Erhöhung des Grundkapitals der Gesellschaft um fünf Millionen Mark durch Ausgabe von weiteren 3125 auf den Namen lautenden Aktien (Interimsscheinen) zum Nennbetrage von je M. 1600.— mit 25% Einzahlung beschlossen. Die Aktien sollen den alten Aktionären zum Preise von M. 1600.— pro Stück (M. 400.— Einzahlung und M. 1200.— Agio) zuzüglich 4% Zinsen aus M. 1600.— vom 1. Januar 1910 bis zum Zahltage kostenfrei in der Weise angeboten werden, dass auf je vier alte Aktien eine neue Aktie bezogen werden kann.

Zur Ausübung dieses Bezugsrechts werden die Aktionäre unserer Gesellschaft mit dem Bemerken hiermit eingeladen, **dass dasselbe bei Meidung des Ausschlusses vom 5. bis 20 Januar 1910 bei dem Bankhause**

Merck, Finck & Co. in München

oder bei der

Bank für Handel und Industrie in Berlin

geltend zu machen ist.

Die neuen Aktien nehmen vom 1. Januar 1910 ab an den Erträgnissen der Gesellschaft teil.

Die Ausgabe der neuen Aktien (Interimsscheine) erfolgt nach Barzahlung des oben genannten Betrages, Hinterlegung der über die nicht eingezahlten 75% auszustellenden Solawechsel und Eintragung der durchgeführten Kapitalerhöhung in das Handelsregister.

Formulare für Zeichnungsscheine stehen den Aktionären auf Verlangen zur Verfügung. [3033

München, den 30. Dezember 1909.

Der Aufsichtsrat. Wilh. v. Finck. **Der Vorstand.** C. Thieme.

Preussische Pfandbrief-Bank, Berlin

Aufsicht der Königlich Preussischen Staatsregierung.

Aktienkapital und Reserven	ca. M.	30 000 000
Gewährte Hypotheken-Darlehen	" "	299 000 000
Gewährte Kommunal-Darlehen	" "	65 000 000
Gewährte Kleinbahn-Darlehen	" "	6 000 000
Umlauf der Hypotheken-Pfandbriefe . . .	" "	295 000 000
Umlauf der Kommunal-Obligationen . . .	" "	61 000 000
Umlauf der Kleinbahn-Obligationen . . .	" "	6 000 000

Dividende für 1908 $7\frac{1}{2}$%, für 1909 voraussichtlich 8%.
Agenturen zur Entgegennahme von Darlehns-Anträgen bestehen in allen grösseren und mittleren Städten des Deutschen Reiches. Der Verkauf der Pfandbriefe u. Kommunal-Obligationen erfolgt durch die Mehrzahl der deutschen Banken und Bankfirmen. Einlösung der Coupons daselbst 14 Tage vor Fälligkeit. Bei Erneuerung von Couponsbogen trägt die Bank die Talonsteuer.

Pfandbriefe u. Kommunal-Obligationen sind bei der Reichsbank lombardfähig, sie können als Lieferungs-Kautionen bei staatlichen u. städtischen Behörden, sowie als Heirats-Kautionen für Offiziere verwendet werden. Die Kommunal-Obligationen sind mündelsicher.

Prospekte über Darlehnsgewährungen werden von den Agenturen, Exposés über Pfandbriefe und Obligationen von den Bankstellen verabfolgt.

Preussische Pfandbrief-Bank. [3032

Mitteldeutsche Privat-Bank A.G.

::: Aktien-Kapital M. 50 000 000.— :::
Gesetzliche Reserven M. 5 000 000.—

Ausführung sämtlicher bankgeschäftlichen Transaktionen.

An- und Verkauf von Kuxen, Bohranteilen und Obligationen der Kali-, Kohlen- und Erzindustrie.

Kuxen-Abteilungen in Magdeburg, Nordhausen, Halberstadt und Halle a. Saale.

Ständige Vertretung an den Industriebörsen in Essen a. R. und Düsseldorf. [3005

Festspiele :: Prologe ::

Tafellieder :: Toaste ::

ernsten und heiteren :: :: :: Inhalts :: ::

Gefl. Aufträge unter **O.S.27** an die Expedition des „Plutus" erbeten.

Martin Jacoby & Co.

Bankgeschäft, Berlin SW., Zimmerstr. 93.

An- und Verkauf von Effekten unter günstigsten Bedingungen.
Einlösung von Coupons und fälligen Dividendenscheinen. [3013
Konto-Korrent- und Depositen-Verkehr.

Bekanntmachung.

Hagener Gussstahlwerke Akt.-Ges. Hagen i. W.

Die ordentliche Generalversammlung unserer Aktionäre vom 29. November 1909 hat folgenden Beschluss gefasst:

Der Aufsichtsrat soll ermächtigt werden, bis zu 1 Million Mark neue Vorzugsaktien Lit. B im Nennwerte von je M. 1000,— zu emittieren und den Aktionären zum Bezuge al pari anzubieten. Diese Vorzugsaktien Lit. B geniessen mit dem Recht auf Nachzahlung eine Vorzugsdividende von 6 % und im Liquidationsfalle eine Vorzugsbefriedigung von 120 %.

Jeder Besitzer von alten Vorzugsaktien, welcher sein Recht auf Bezug von Vorzugsaktien Lit. B ausübt, erhält in Höhe der Zuteilung, die auf seine Anmeldung entfällt, auch den gleichen Betrag alter Vorzugsaktien in solche Lit. B durch Abstempelung umgewandelt. Bei Ueberzeichnung bleibt Reduktion vorbehalten.

Die Dividenden der 6 % Vorzugsaktien Lit. B laufen ab 1. Juli 1910. Sollten die insgesamt neu gezeichneten Vorzugsaktien die Summe von M. 500 000 nicht erreichen, so werden die eingereichten alten Vorzugsaktien sowie die eingezahlten Beträge zurückgegeben, da dann die Transaktion als gescheitert gilt.

Auf Grund vorstehender Bekanntmachung erlassen wir hiermit folgende

Aufforderung:

Diejenigen Aktionäre, welche

a) neue Vorzugsaktien Lit. B im Nennwerte von je M. 1000,— beziehen,

b) ihre alten Vorzugsaktien in neue Vorzugsaktien Lit. B umwandeln

wollen, müssen ihr Bezugsrecht auf Grund des § 3 unserer Satzungen in der Zeit vom 3. bis 18. Januar 1910 ausüben.

Die Anmeldung geschieht durch Einreichung eines in 2 Exemplaren zu vollziehenden Zeichnungsscheines, wozu Formulare bei den unten angegebenen Stellen erhältlich sind.

Die Aktionäre haben diese Zeichnungsscheine gleichzeitig mit ihren Aktien mit laufenden Talons und Dividendenscheinen unter Beifügung eines arithmetisch geordneten Nummernverzeichnisses einzureichen.

Da die neu auszugebenden Vorzugsaktien Lit. B über je M. 1000,— lauten, so können bei der Zeichnung der neuen wie bei der Umwandlung der alten Aktien nur Beträge in Frage kommen, die durch tausend teilbar sind.

Die Anmeldungen und Einzahlungen während der oben genannten Frist haben zu erfolgen:

bei der **Deutschen Bank in Berlin,**
„ „ **Bergisch-Märkischen Bank in Elberfeld,**
„ „ **Bergisch-Märkischen Bank Hagen in Hagen i. W.,**
„ „ **Bankkommandite Oppenheimer & Co., Wiesbaden.**

Wir behalten uns vor, den Zeichnern der neuen Aktien über die Höhe der Zuteilung demnächst nähere Nachricht zu geben.

Hagen i. W., im Dezember 1909.

Der Aufsichtsrat
H. Eulenberg,
Vorsitzender.

3031]

Beleihungsanträge
für die Sächsische Boden-creditanstalt zu Dresden
nimmt entgegen [3018
Berlinische Boden-Gesellschaft
Berlin W., Charlottenstrasse 60.

Kronenberg & Co.
Bankgeschäft
Berlin NW. 7, Charlottenstr. 42.
Telephon Amt I, No. 1408, 9925, 2940.
Telegramm-Adresse:
Kronenbank-Berlin bezw. Berlin-Börse.
Besorgung aller bankgeschäftlichen Transaktionen.
Spezialabteilung für den
An- und Verkauf von Kuxen, Bohranteilen und Obligationen der Kali-, Kohlen-, Erz- und Oelindustrie, sowie Aktien ohne Börsennotiz.
An- und Verkauf von Effekten per Kasse, auf Zeit und Prämie. [3011

S. Littmann
Englische Herren- und Damenschneiderei
Tailor made Costumes
Berlin, Friedrichstr. 191, **Kronenstr. 14, I**
Amt I, 898 [3010

M. Marx & Co.
Foreign Bankers [3002]
(An- und Verkauf von an der Londoner Börse gehandelten Wertpapiere. — Auskunft kostenfrei.)
London E. C.
Gresham House Old Broad Street
Telegraphic Address: Offerendos, London.

Carl Neuburger Kommanditgesellschaft auf Aktien.
Aktienkapital 5 Millionen Mark
Berlin W. 8, Französische Strasse 14

An- und Verkauf von Wertpapieren
Annahme von Depositengeldern zur Verzinsung
Einlösung von Coupons
Ausstellung von Checks und Kreditbriefen

Inkasso von Wechseln und Checks
Versicherung v. Wertpapieren gegen Kursverlust bei der Auslosung
Aufbewahrung von geschlossenen Depôts
Aufbewahrung und Verwaltung von Wertpapieren

Beschaffung und Unterbringung von Hypothekengeldern [3004

Stahlkammer, in der eiserne Schrankfächer auf beliebige Zeit vermietet werden.
Börsen-Wochen-Bericht wird an Interessenten porto- und kostenfrei versandt.

Bankgeschäftliche Auskünfte kostenlos auf Grund sorgfältigster Informationen.